

Bergarbeiter-Zeitung

Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Abonnementpreis monatlich 60 Pf., vierteljährlich 1,50 Mk.; durch die Post monatlich 1,50 Mk., vierteljährlich 4,50 Mk. Einzelne Nummern kosten 1 Mk. Fest- und Verkaufungspreise werden nicht angenommen.

Glück Auf!

Verantwortlich für die Redaktion: Theob. Wagner; Druck: H. Hartmann & Co.; Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands; Druckerei in Bochum, Wilmshausenstraße 88-92. Telefon-Nr.: 98 und 99. Telegramm-Adresse: Altkohl Bochum.

Achtung Bergleute!

Etwa eine Million Bergleute streiken in England. Mit einer bewunderungswürdigen Einmütigkeit sind sie für die Erringung eines auskömmlichen Minimallohnes in den Ausstand getreten. Dank dieser Einmütigkeit und ihrer mächtigen Organisation werden unsere englischen Kameraden auch Erfolge erzielen.

Kameraden! Die englischen Bergleute verlangen von den Bergarbeitern Deutschlands keinen Sympathiestreik! Der englische Bergarbeiterbund ist so gut gerüstet, daß er allein mit Hilfe der anderen englischen Gewerkschaften das gesteckte Ziel erreichen wird. Nochmals sei es gegenüber anderslautenden Ausstreunungen ausdrücklich gesagt: **Die englischen Bergleute verlangen von den Bergarbeitern Deutschlands keine Hilfe durch einen Sympathiestreik!**

Dagegen erwarten wir von den Bergleuten Deutschlands, daß sie wenigstens während der Dauer des englischen Generalstreiks das Ueberschichtenverfahren einstellen! 1905 haben die englischen Bergleute die streikenden Ruhrbergleute mit Geld und Einschränkung der Arbeitszeit unterstützt. Kameraden, nun beweist eure ehrliche bergmännische Gesinnung. **Verfehrt keine Ueberschichten**, damit den englischen Bergleuten ihr Lohnkampf nicht erschwert wird. **Uebt Solidarität!**

Was zur Förderung der Lohnbewegung der Bergarbeiter Deutschlands weiter geschehen soll, darüber werden, sobald die Antworten der Zechenbesitzer auf unsere Forderungen eingegangen sind oder der für die Beantwortung derselben festgesetzte Termin verstrichen ist, so rasch als möglich die von allen Mitgliedschaften gewählten Vertrauensleute gemeinsam mit den Zentralvorständen beschließen. Der Beschluß wird sofort allen Kameraden bekannt gegeben. Dieser Beschluß ist dann bindend für jeden Bergmann, der ernstlich auf die Verbesserung seiner Lage bedacht ist.

Kameraden! Nützt die Zeit zur Aufklärung und Organisation der noch Gleichgültigen! Je stärker die Organisation, um so sicherer der Erfolg! Einig müssen wir sein wie die englischen Bergleute, fest und geschlossen wie Erz und Gestein. **Glück auf!**

Für den

Für die

Für den

Verband der Bergarbeiter Deutschlands:
Sr. Busemann.

Polnische Berufsvereinigung (Abt. Bergarbeiter):
S. Markowski.

Gewerkverein der Bergarbeiter (H.-D.):
S. Schmidt.

Glück auf!

Britanniens Erde hebt unter der Wucht einer in der Geschichte seiner sozialen Kämpfe nicht armen Industrie unerbötlichen Arbeitseinstellung. Die Kulturwelt blickt in stehender Spannung hin auf das gigantische Ringen zwischen Arbeit und Kapital. Der Mann der Arbeit demonstriert der Welt seinen unerlöschlichen Wert.

Bromst auf den festgesetzten Tag legten Hunderttausende Kohlengräber Bohrer, Gaden und Schaufel hin, kein Förderwagen rollt mehr über die Gleise. Als der 1. März tagte, da trug der elektrische Funke die weltgeschichtliche Botschaft in die Lande: **Ueber 800 000 Bergarbeiter streiken in Großbritannien!** Ein paar Tage später, da ruhten die Hände von über einer Million in der britischen Montanindustrie beschäftigter Arbeiter. Niemals sah die Welt einen so wichtigen Aufmarsch um ihr Menschenrecht streikender Männer!

Geschlossen, ruhig, wuchtig vollzog sich der Aufmarsch. Alle Hoffnungen auf angeblich tiefgehende Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Miners Federation sind zerschanden gemacht. Die „radikalen“ Schotten und die „beinahe anarcho-syndikalistischen“ Walliser wären die „Ringer zum Streik“, hieß es in der Zechenpresse; die Mittelengländer seien für den Frieden gestimmt. Und da fiel nicht der erste Schuß im schottischen Hochland, nicht in den walisischen Valleys, sondern im mittelenglischen Derbyshire. Es wurde auch gekannegießert über „nationale Gegenstände im Bergarbeiterlager“. Und nun sieht die Welt die altenglischen Yorkshiremänner brüderlich kämpfen mit den Schotten, den felsigen Wallisern, den Söhnen des grünen Irlands! Protestanten, Katholiken, Methodisten, Baptisten und Freireligiöse stehen zusammen; liberal, konservativ und sozialistisch gesinnte Bergarbeiter bilden eine gewaltige Kampffront! Ihr gemeinsames Ziel ist ein Minimallohn, ausreichend für den Lebensunterhalt und garantiert allen Arbeitern der betreffenden Gruppe.

Nicht mehr soll es dem Zufall günstiger Gebirgsverhältnisse, nicht mehr dem Gutdünken des Zechenbesitzers überlassen sein, ob der Knappe unter Tage, der Uebertagsarbeiter einen auskömmlichen Lebenslohn erzielt. „Wir wollen arbeiten, aber wir wollen auch als Kulturmenschen leben und genießen!“ So präzisierte schon vor zwölf Jahren auf dem internationalen Bergarbeiterkongress in Paris der alte Kämpfe Cowey aus Yorkshire die Minimallohnforderung der Miners Federation von Großbritannien.

Jetzt steht die Million im grandiosen Kampf für den garantierten Minimallohn. Unsere Vorkämpfer tragen der internationalen Bergarbeiterkraft wieder die Fahne voran! Wieher ist es die britische Bergarbeiterschaft, die eine Brezle legt in dem System der sogenannten „kapitalistischen Ordnung“, die in Wahrheit die reinste Anarchie ist. Ordnung muß erst der Arbeitsmann schaffen. Und unsere britischen Pioniere sind kraft ihrer mächtigen, einheitlichen Organisation, ihrer entschlossenen Begeisterung für demokratische Freiheit die rechten Männer für die Ueberwindung der kapitalistischen Anarchie.

Alle Räder werden still stehen, wenn die Hände der Million auch nur einige Wochen ruhen. Eine vernichtende Katastrophe droht dem Wirtschaftsleben. Das hat die englische Regierung erkannt und schon kündigt ihr Premierminister ein Gesetz für die Einführung des Minimallohnes an, wenn er durch private Vereinbarung nicht bald erzielt wird! Die Regierung hat somit sogar die Berechtigung zur gesetzlichen Festlegung des Minimallohnes anerkannt! Eine Tatsache von unabsehbarer Tragweite für die gesamte Lohnarbeiterschaft.

Über den Gang des in seiner wirtschaftsgeschichtlichen Bedeutung beispiellosen britischen Minimallohnkampfes unterrichten die an anderer Stelle dieses Blattes veröffentlichten Berichte unseres Londoner Korrespondenten. Wir aber sind sicher, den Gesichts der aufstrebenden Bergarbeiter Deutschlands Ausdruck zu geben, wenn wir unseren Pionieren im britischen Streitfeld zurufen:

Glück auf zu eurem mächtigen Ringen für das Menschenrecht der Lohnarbeiter! Glück auf ihr Vorkämpfer für die Befreiung der Bergarbeiter aus Dru und Not! Auf euch trifft zu, was Altmeister Johann Wolfgang Goethe erbend im Schauen des ewigen Kampfes zwischen Finsternis und Licht ausrief:

Es wird die Spur von euren Erdentagen Nicht in Aeonen untergehen!

Zur Lohnbewegung.

145,8 Millionen Mark Lohnverlust

haben die Ruhrbergleute in den vier letzten Jahren erlitten! Zu dieser Feststellung kommen wir, indem wir den Durchschnitts-Schichtverdienst für das 4. Vierteljahr 1907 als Grundlohn ansehen und danach berechnen, was die jeweils beschäftigten Bergleute pro Schicht in den Jahren 1908, 1909, 1910 und 1911 gegenüber dem 4. Vierteljahr 1907 weniger ausgezahlt erhielten. Das macht genau 145 828 947 Mark!

Einen noch höheren Lohnverlust rechnet Herr Zmbusch im „christlichen Zentralblatt“ heraus. Er berechnet nämlich nicht den Lohnrückgang pro Schicht, sondern die Verminderung der Jahreslohnsomme pro Arbeiter. Das macht nach Herrn Zmbusch allein in den Jahren 1908, 1909 und 1910 einen Lohnverlust von 152 372 048 Mark!

Diesen riesigen Lohnverlust erlitten die Bergleute, während sie die Kohlenförderung von rund 80,1 (1907) Millionen Tonnen auf rund 91,2 (1911) Millionen Tonnen erhöhten. Trotzdem reden Dummköpfe und falsche Freunde den Arbeitern vor, ihr Wohlergehen hinge in erster Linie von der möglichst starken Erhöhung der Förderung ab.

Als der Generalstreik der Ruhrbergleute 1905 beendet war, da rechnete ihnen ein über die „arbeiterschädigenden Streikheker“ bis zu Kränen erschütterter Zechenvertreter im Zechenorgan „Glück Auf“ (Essen) vor, durch den Streik sei den Arbeitern ein Lohnverlust von 19 Millionen Mark entstanden. Wie wurde da gegen die „fribolen Streikheker“ gedonnert!

Nun haben die Bergleute sich vier Jahre lang treu und schwer gequält, Schicht nach Schicht verfahren, dazu zahlreiche Ueberschichten; haben ihre Knochen und Gesundheit im Werksdienste geopfert, sahen tausende ihrer Arbeitsbrüder zerschmettert und zerstückelt als tote, zehntausende als Verküppelte auf dem Schlachtfeld der Grubenarbeit liegen. Und was war das finanzielle Resultat dieser vierjährigen, aufreibenden, schweiß- und blutgetränkten Arbeit? Ein Minderlohn von über 145 Millionen Mark!!!

Nach der Berechnung des Herrn Zmbusch beträgt sogar der Jahresverlust in dem einen Jahre 1909 allein über 70 Millionen Mark! Während den Streikwochen 1905 haben sich die Bergleute wenigstens körperlich erholt, sie waren auch nicht den mörderischen Gefahren der Tiefe ausgesetzt. Diese Ruhezeit brachte den Arbeitern einen Minderlohn von 19 Millionen Mark. 1908, 1909, 1910 und 1911 haben sie schwer schuften müssen und erlitten trotzdem über 145 Millionen Mark Lohnverlust!

Darum singen die Berg- und Hüttenherren ja auf ihren „Bergmannstagen“ voll Begeisterung: „Schön ist das Bergmannsleben, herrlich ist sein Lohn.“

Eine riesige Erhöhung der Werksüberschüsse.

Wenn Zechenvertreter der Öffentlichkeit das „gewaltige“ Steigen der Arbeiterlöhne recht anschaulich machen wollen, dann werden gewöhnlich die Löhne des Jahres 1886 mit den jetzigen verglichen. Es kommt dadurch freilich eine respektable Lohnsteigerung zum Ausdruck, womit jedoch für die Auskömmlichkeit der jetzigen Löhne nicht das geringste bewiesen ist. Indessen, warum wird in der Zechenpresse mit Vorliebe gerade das Jahr 1886 bei Lohnvergleichen benutzt? Weil in diesem Jahre ein sehr niedriger Lohnstand herrschte! Die Löhne wurden während der 1873/74 beginnenden Wirtschaftskrise enorm reduziert; sie begannen sich erst Ende der 80er Jahre langsam zu heben. Beispielsweise betrug der durchschnittliche Jahreslohn auf Zeche

Dahlbusch 1878: 1377 Mk., 1886 nur 1053 Mk.! Auf Zeche Dahlhauser Tiefbau stand der Durchschnitts-Schichtverdienst 1873 auf 5,91 Mk., 1886 nur auf 2,54 Mk.! So hoch wie 1873 steht der Lohn auf Dahlhauser Tiefbau heute noch nicht wieder.

Wir meinen, es heißt die Öffentlichkeit in die Irre führen, wenn man ein Jahr mit besonders niedrigem Lohnstand zu Vergleichem mit dem Höchstlohn herausgreift. Dazu noch ein paar Beispiele; sie betreffen zwei der größten Bergwerksgesellschaften Deutschlands. Es haben betragen die durchschnittlichen Arbeiterlöhne bei der

	1878	1886	1910
Gelsenkirchener Bergwerks-Gesellschaft	4,41 Mk.	2,97 Mk.	4,87 Mk.
	1874	1886	1910

Siberia Bergwerks-Gesellschaft 3,90 Mk. 3,04 Mk. 4,82 Mk.

Verglichen mit dem Lohn von 1886 war in 1910 der Lohn bei der Siberiagesellschaft um über 58 Prozent, bei der Gelsenkirchener B.-G. sogar 64 Prozent erhöht. Vergleicht man aber die Löhne von 1910 mit denen von 1874 bzw. 1873, dann stellt sich bei der Siberiagesellschaft nur eine Lohnzunahme von 21 Prozent, bei der Gelsenkirchener B.-G. nur eine knapp 11prozentige Lohnerrhöhung heraus! Darum die Vorliebe der Zechenstatistiker für das Jahr 1886.

Sodann werden die Zechenvertreter nicht müde, von den sozialpolitischen und den Steuerlasten, die angeblich die Werksbesitzer „fast erdrücken“, zu reden und zu schreiben. Untersuchen wir auch dieses Argument auf seinen Wert.

Aus den Geschäftsberichten der Gelsenkirchener Bergwerks-Gesellschaft, die zirka 25 000 Bergarbeiter beschäftigt, geht folgendes hervor: 1884 gab die Gesellschaft für Steuern und versicherungsgesellschaftliche Beiträge eine Summe aus, die 22,16 Prozent des Reingewinnes (1) der Unternehmung ausmachte. 1910 war diese Ausgabe auf 53,11 Prozent im Verhältnis zum Reingewinn angewachsen. (Wir bemerken nebenbei, daß der Vergleich mit dem Reingewinn streng genommen unzulässig ist, zulässig ist der Vergleich mit dem Mo h g e w i n n; aber die Gelsenkirchener B.-G. beliebt nun einmal diese unzulässige Belastungsberechnung aufzustellen.) Bis zum Jahre 1885 brauchten außer den Staats- und Gemeindesteuern nur die knappschafflichen Versicherungsbeiträge bezahlt zu werden. Das Unfallversicherungsgesetz kam erst 1885/86 in Wirksamkeit. Das Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetz trat erst 1891 in Kraft. An Staats- und Gemeindesteuern zahlte die Gesellschaft 1885: 5,14, 1910: 18,58 Prozent „vom Reingewinn“. Die weitaus bedeutendste Vermehrung der Steuern und versicherungsgesellschaftlichen Abgaben ist dann seit 1900 eingetreten. Vor 1885 waren diese Abgaben weit mehr als die Hälfte niedriger als jetzt.

Wie bei der Gelsenkirchener B.-G., so ging die Entwicklung der Steuern und sozialgesetzlichen Abgaben im großen und ganzen bei allen unseren Bergwerks- und Hüttenunternehmungen vor sich. Betrachten wir uns nun, welche Folgen diese Entwicklung für das finanzielle Ergebnis der Betriebe hatte. Wir stellen die Dividenden oder Ausschüttungen (pro Aktie) der genannten Werke für die beiden fünfjährigen Perioden 1880/84 und 1906/10 gegenüber. Wohlgerne: In der ersten Periode waren die Werksabgaben für Steuern und Versicherungsgesetzgebung nicht halb so hoch wie in der zweiten, die Löhne standen sehr viel niedriger. Leider konnten wir die Vergleiche nicht für weit mehr Werke anstellen, weil ein Teil (im Privatbesitz) von ihnen überhaupt keine Gewinne veröffentlicht, noch mehr keine Angaben für die Jahre 1880/84 machten; sodann haben sich eine ganze Anzahl Werke inzwischen verschmolzen, ihre jetzigen sind mit den damaligen Bilanzen nicht mehr vergleichbar. Immerhin ist die Zahl der zum Vergleich herangezogenen Werke völlig ausreichend für unseren Zweck, die unaufhörlichen Klagen über die angeblich „erdrückenden sozialen Lasten“ ins rechte Licht zu stellen.

Es brachten zur Verteilung (in Prozenten):

Namen der Gesellschaft	Dividenden 1880/84	Dividenden 1900/1910
Röfner Bergwerksverein	26 1/2	147 1/2
Königsgrube (Magdeb. B.-W.)	61	177 1/2
Neu-Essen, B.-G.	68 3/4	158
Wöhlig (Körbe-Muhfort)	24 1/2	65
Gutehoffnungshütte (Oberhausen)	25	100
Karpener B.-G.	14 1/2	48
Sibernia B.-G.	28 3/4	48
Sösch (Beche Westfalen)	45	84
Dahlbusch B.-G.	36	70
Gelsenkirchener B.-G.	84 1/2	51
Wrenberg B.-G.	26	148 1/2
Wipperfleth B.-G.	24 1/2	50

	Ausbeute pro Tonne 1880/84	Ausbeute pro Tonne 1900/1910
Wanzenburg	510 Mt.	1080 Mt.
Langenbrunn	800 "	8680 "
Constantin der Große	1885 "	10000 "
Selene und Amalia	1875 "	4500 "

Eine riesige Erhöhung der Werksüberschüsse Verdoppelt, vervierfacht wurden die Dividenden, noch enormer stiegen die pro Tonne ausgezahlten Ausbeuten! Wir haben eine Periode mit sehr fleisslichen Löhnen (1880/84) und niedrigsten öffentlichen Abgaben einer anderen Periode (1900/10), in der die bisher höchsten Durchschnittslöhne, Steuern und versicherungsgesetzlichen Beiträge gezahlt wurden, gegenübergestellt. In unserer Tabelle sind kleine, mittlere und die größten Unternehmungen aufgeführt, Gruben aus dem südlichen, östlichen, westlichen, nördlichen und mittleren rheinisch-westfälischen Kohlenbezirk. So ist dem Einwand der Einseitigkeit begegnet.

Unsere Aufstellung beweist unvorderleglich, daß die Erzählung von den „erdrückenden sozialen Lasten“ ein Märchen ist, verbreitet, um Stimmung gegen die Lohnforderung der Arbeiter und gegen die gesetzliche Verschärfung des Arbeiterschutzes zu machen. Man ziehe auch in Betracht, daß die allermeisten Gesellschaften ihr Aktienkapital kolossal erhöhten, z. B. die Gelsenkirchener von 18 1/2 Millionen Mark in den Jahren 1880/84 auf 166 Millionen Mark im Jahre 1910. Auf das Aktienkapital von 18 1/2 Millionen Mark sind 1880: 7 Prozent, auf das Aktienkapital von 166 Millionen Mark 1910 jedoch 10 Prozent Dividende gezahlt worden! Die Wrenberg B.-G. „verwässerte“ ihr 8 Millionen Mark betragendes Aktienkapital ab 1900 bis auf 14,4 Millionen Mark, damit ihre ungeheuer hohen Ueberschüsse (1899: 75 Prozent Dividende!) weniger sichtbar würden — von wegen der „Begehrlichkeit der Arbeiter“. Ungeheure Ueberschüsse werden ferner, vornehmlich seit 1900, nicht verteilt, sondern für Neuanlagen ausgegeben oder in Reservefonds aufgehoben worden. In Wirklichkeit sind also die Ueberschüsse 1906/1910 noch sehr viel höher gewesen, als es die gezahlten Dividenden und verteilten Ausbeuten verraten.

Wie es mit den Z u b u h e n steht, auch dafür ein paar Beispiele. Die Beche Bothingen hat seit ihrem Bestehen 2080 Mt. Zubeße pro Tonne erfordert. Jedoch wurden dafür schon allein in der Periode 1906/1910: 8050 Mt. Ausbeute pro Tonne verteilt. Ausnahmeweise hohe Zubeße erforderte auch wegen großer Felberwerbung die Beche König Ludwig, nämlich 5800 Mt. pro Tonne. Aber bereits in den letzten fünf Jahren wurden 5800 Mt. Ausbeute pro Tonne verteilt und das Werk repräsentiert nun ein Besitztum im Wert von vielen Millionen Mark. Die Anlage und die Neuverwerbungen der Beche G r o f f b i s m a r d erforderten zusammen 12,45 Millionen Mark Ausgabe, eine gewaltige Summe. Aber die Beche hatte bis zum 1. Januar 1911 schon 52,74 Millionen Mark Ausbeute verteilt!!!

Gibt es einen gebildeten Menschen, der angesichts unserer den Geschäftsberichten der Werksbesitzer entnommenen Angaben noch ernstlich die Behauptung von den „erdrückenden sozialen Lasten“ aufrecht zu erhalten wagt? Wir haben an Hand ihrer eigenen Geschäftsberichte aufgedeckt, daß die Grubenbesitzer eine berausende Reichumsvermehrung erlebten, während sich in den wimmelnden Scharen der Vergarbeiter die blutarmen Proletarier massenhaft vermehrten.

Steigende Arbeiterleistung — sinkende Löhne.

„Es ist eine Lohnerrhöhung versprochen worden, die müssen wir abwarten“, heißt es in den von dem Zentralbureau des Zentrumsvereins herausgegebenen Flugblättern und Zeitungsberichten. Am 12. Oktober 1911 waren die Gewerkschaftsvertreter in der Vorstandskonferenz noch sehr misstrauisch gegenüber dem in der Bechenpresse stets versicherten Wohlwollen der Werksverwaltungen. Als von einem anderen Organisationsvertreter die Hoffnung ausgesprochen wurde, die Bechenbesitzer würden auf eine von ihm angeregte Lohnerrhöhung entgegenkommend antworten, da spottete Herr Z m b u s c h über diese „Vertrauensduselei“. Jetzt auf einmal ist es gerade Z m b u s c h, der in seinem Flugblatt und im „Bergknappen“ eine noch größere Vertrauensduselei gegenüber einem noch dazu von dem Bechenverband prompt widerzulehnen „Lohnversprechen“ zur Schau trägt. Ausgerechnet Herr Z m b u s c h, der am 23. Dezember 1911 im „Arbeitslichen Zentralblatt“ schrieb, die Vertreter des Grubenkapitals wollten „mit Gewalt“ die „aufstrebenden Arbeiter niederhalten“; das müsse „immer wieder zu Kämpfen führen“. So kennzeichnete Z m b u s c h noch vor zwei Monaten die Grubenkapitalisten — und jetzt fordert derselbe Mann zum Vertrauen auf die sozialpolitische Einigkeit der Bechenbesitzer auf! Wann hat er seine wahre Meinung ausgesprochen?

Sing-wiesen wird zehnfach auf das „schon eingetretene Steigen der Löhne“. Allerdings hat sich von 1910 an der Lohnstand wieder etwas gehoben, aber wir können den Beweis erbringen, daß dies zum Teil wenigstens auf erhöhte Arbeiterleistung zurückzuführen ist. Greifen wir zunächst ein Werk heraus, dessen Verwaltung sich in hervorragendem Maße die Förderung der G e l b s u c h t angelegen sein läßt: Langenbrunn. Hier haben betragen die

	Durchschnittsleistung pro Arbeiter und Schicht	Durchschnittslöhne pro Tonne Kohle	Durchschnittslöhne pro Schicht
1907	0,904 T.	12,63 Mt.	4,92 Mt.
1910	1,010 T.	12,66 Mt.	4,65 Mt.

Auf der gelben Pflegestätte Langenbrunn ist die Arbeiterleistung und die Werksleistung pro Tonne 1910 höher wie 1907 gewesen, der Arbeiterlohn aber stand trotzdem 1910 noch 27 Pf.

pro Schicht niedriger wie drei Jahre früher. Die Gelbsucht fördert also die kapitalistische Gletschucht!

Von der Anhaltzucht Alte Haase liegt uns bereits die Abrechnung für 1911 vor. Hier betragen die

	Durchschnittsleistung pro Schicht	Durchschnittslöhne pro Schicht
1907	0,77 T.	4,89 Mt.
1911	0,80 T.	4,61 Mt.

Die Arbeiter förderten 1911 mehr wie 1907, bekamen aber letztjährig dennoch 28 Pf. pro Schicht weniger Lohn wie 1907. Wenn man der Lohn 1911 gleich dem von 1907 gestellt worden wäre, dann würden die Arbeiter doch noch schlechter für ihre erhöhte Leistung bezahlt worden sein. Eine wirkliche Lohnerrhöhung ist pro 1911 nicht eingetreten.

Betrachten wir uns die Geschäftsergebnisse noch eines Werkes, dessen Verwaltung als eine Schutzherrin der G e l b e n bekannt ist: Königsgrube (Magdeburger Bergwerksgesellschaft). Hier betragen die

	Durchschnittsleistung pro Schicht	Durchschnittslöhne pro Schicht
1907	0,980 T.	5,42 Mt.
1911	1,048 T.	5,16 Mt.

Höhere Leistungen, Lohn um 26 Pf. pro Schicht erniedrigt! Da Herr Direktor B o n n a f e r seinen gelben Pflegsingen kaum lagern wird, wenn die Gelbsucht den Geldbeutel füllt, so müssen wir den mit allerhand Finkertischen von der richtigen Vertretung ihrer Interessen abelenkten Reuten die Augen öffnen. Was die Verwaltungen an „Wohlthaten“ (billiges Sauerkraut usw.) spenden, das brachte der Lohnabzug neben der Leistungssteigerung der Werkskasse reichlich wieder ein.

„Klopft nur leicht drauf, dann steigen eure Löhne.“ Das ist vielfach die Antwort der Beamten auf die Frage nach der „versprochenen“ Lohnerrhöhung. So verstehen die Werksbesitzer die „versprochene Lohnerrhöhung“.

Gewerkschaftsbeiträge und Syndikatsbeiträge.

Die Unternehmer- und bürgerliche Presse stellt von Zeit zu Zeit immer wieder „Hesgründige“ Betrachtungen an über die „hohe Besteuerung“ der Arbeiter durch die Gewerkschaften. Daß die Unternehmer und speziell auch die Bechenbesitzer ungleich höhere Beiträge an ihre Organisationen zahlen, ist eine bekannte Tatsache; doch darüber wird nie ein Wort der Kritik verloren. Auch die Bechenbesitzer wissen den Wert der Organisation weit besser zu würdigen und bringen dafür die höchsten Opfer. Schrieb doch selbst die „Bergwerks-Ztg.“ vom 31. Januar 1912:

	Belegungslohn	Syndikatsbeitrag	Gewinne
Wanzenburg	155 000 T.	184 178 Mt.	51 882 Mt.
Borussia	254 780 T.	248 527 Mt.	(Zubeße)

Die Durchschnittsleistung betrug pro Arbeiter und Schicht im Jahre 1910 auf Wanzenburg 0,81 T., auf Borussia 0,74 T. Leider stehen uns keine Angaben für 1911 zur Verfügung. Nimmt man aber für 1911 die gleiche Leistung an, so ergibt sich, daß der Syndikatsbeitrag weit über 1 Mt. pro Arbeiter und Schicht betrug.

	Durchschnittsleistung pro Schicht	Selbstkosten pro Tonne	Durchschnittslohn pro Schicht
1907	0,980 T.	7,808 Mt.	5,42 Mt.
1911	1,048 T.	7,488 Mt.	5,16 Mt.

Die Durchschnittsleistung stieg also um 0,59 T. pro Arbeiter und Schicht, der Durchschnittslohn sank um 26 Pf. pro Schicht, die Selbstkosten gingen um 37 Pf. pro Tonne zurück. Die Selbstkosten wurden also durch erhöhte Leistungen der Arbeiter vermindert, trotzdem sanken die Löhne. Was aber auf diese Weise herausgewirtschaftet wurde und noch mehr dazu, mußte an erhöhten Syndikatsbeiträgen zugewandt werden. Es betrug:

	Erlös pro Tonne	Nach Abzug des Selbstverbrauchs und der Syndikatsbeiträge
1907	11,608 Mt.	10,623 Mt.
1910	11,342 "	10,172 "
1911	11,149 "	9,607 "

Der Erlös pro Tonne ist danach gegen 1907 nur um 45,7 Pf. zurückgegangen; nach Abzug des Selbstverbrauchs und der Syndikatsbeiträge beträgt der Rückgang aber 92,5 Pf. pro Tonne. Der Selbstverbrauch wird gegen 1907 ziemlich gleich geblieben sein, so daß der Mehrbetrag auf die erhöhten Syndikatsbeiträge entfällt. Um über 40 Pf. pro Tonne ist der Syndikatsbeitrag danach gegen 1907 gestiegen.

Diese erhöhten Syndikatslasten müssen selbstverständlich von den Arbeitern und den deutschen Kohlenverbräuchern getragen werden und kommen in der Hauptsache nur dem Ausland zugute. Angeblich um sich den Auslandsmarkt zu erobern, werden die deutschen Kohlen im Ausland bedeutend billiger verkauft, wie im Inland. Dazu dienen die erhöhten Syndikatslasten. Die deutschen Arbeiter und Kohlenverbraucher müssen die Kosten bezahlen, damit das Ausland die deutschen Kohlen billiger erhält. So sieht die sogenannte nationale Wirtschaftspolitik der Bechenbesitzer aus, die auch von der Zentrumsvereinsleitung unterstützt wird.

Zur Lage im Wurmgebiet.

Unser Bezirksleiter Sch l ö s s e r richtete an den Bezirksleiter S a r s c h vom Zentrumsverein folgendes Schreiben:

An die Bezirksleitung des Verbandes der Vergarbeiter Deutschlands, z. S. des Herrn W. Sch l ö s s e r, Wachen.

Sehr geehrter Herr Sch l ö s s e r!
Ihr Schreiben vom 25. d. M. haben wir erhalten. In demselben fragen Sie an, ob wir bereit wären, an einer gemeinsamen Aussprache über Erlangung besserer Lohn- und Arbeitsverhältnisse im hiesigen Revier teilzunehmen.

Unser Gewerbeverein hat vor 14 Tagen schon einen energischen Anlauf genommen, um der Arbeiterorganisation im Wurmrevier gegenüber den Grubenverwaltungen eine Stärkung zu verschaffen. In der Belegenschaftsversammlung in Waborn, die einige Tage vorher stattfand, haben wir in überzeugender Weise bewiesen, daß wir die Interessen unseres Gewerbevereins denen der Gesamtbelegenschaft unterordnen, um für die Belegschaften bessere Arbeitsbedingungen herauszuholen bezw. zu ermöglichen. Bei beiden Aktionen ist unser Verzicht weder der Verband, noch eine andere Organisation der Arbeiter angetroffen worden. Erhöht wurde unser Vorgehen von der Bezirksleitung des alten Verbandes in Wachen als der „reinsten Lohn“ bezeichnet und unsere Mitglieder mit dem Ausdruck „Streitbrecher“ und „gelbes Geblüt“ beehrt. Wenn die Bezirksleitung des Verbandes der Vergarbeiter Deutschlands in Wachen genau so wie wir, das Wohl der Belegschaften im Auge hat, dann dürfte sie derartige Neuerungen weder selbst machen, noch von ihren Funktionären zulassen. Durch ihre eigene Haltung uns gegenüber, machen Sie es uns unmöglich, vor der Hand mit Ihnen gemeinsame Schritte zu unternehmen. Wringen Sie durch Ihr Verhalten erst den praktischen Beweis, daß Sie die Vergarbeiterinteressen der Verbandsinteressen zu stellen wissen und daß Sie jeden achten, der gewillt ist, die Gesamtinteressen der Vergarbeiter zu vertreten und behandeln Sie uns mit der gleichen Achtung und Offenheit, wie Sie für sich selbst beanspruchen, dann ebnen Sie selbst den Weg für ein zukünftiges Zusammenarbeiten der verschiedenen Verbände im Interesse der Gesamtvergarbeiterchaft. Wir können unsere Mitglieder und Vertrauensleute nicht von Funktionären des deutschen Vergarbeiterverbandes beschimpfen lassen und uns einige Tage später mit unseren Beschimpfern am selben Tische in eine Besprechung über Lohn- und Arbeitsverhältnisse einlassen.

Glückauf!
Gewerbeverein christlicher Vergarbeiter (Bezirk Wurmrevier):
gez.: S a r s c h.

Sarsch stellt also sein persönliches Interesse über das der Gesamtheit; weil Sch l ö s s e r den so liberale zartfühlenden, launischen, sanftmütigen Sarsch, der nie ein Waffensieden getrieben hat, angeblich auf die Fühlergeränge getreten haben soll, gibt es kein Zulängereichen, so sehr das auch im Interesse der Vergarbeiter notwendig wäre.

Allerdings gibt Sarsch die wirklichen Gründe für sein ablehnendes Verhalten nicht an, die liegen hier; die Gründe, die er anführt, denken sich mit denen, womit die Zentrumsvereinsleitung bei der vorjährigen Lohnbewegung ihr ablehnendes Verhalten zu rechtfertigen suchte und die sich längst als nichtig herausgestellt haben.

Aber selbst wenn man die Gründe gelten ließe, müßte man sich doch fragen: hat Sarsch ein Recht, sich als gekränkte Leberwurst oder als Anstandsbedame aufzuspielen? Wenn Sch l ö s s e r und unsere Verbandskameraden wirklich derbe Worte gebraucht haben sollen, gegen Sarsch sind sie in der Beziehung immer noch die reinsten Waisenkinder. Kann Sarsch denn überhaupt noch den Mund aufstun, ohne seine Gegner zu verbächtigen und zu beschimpfen? Und dieser Schimpfapostel mimt auf einmal die Anstandsbedame. Wirklich, man könnte darüber lachen, wenn es nicht so unfähig traurig wäre.

Im Wachen Revier haben die Vergarbeiter seit 1907 über 4 000 000 Mark an Arbeitslohn eingebüßt. Die Lebensmittelpreise sind höhere wie im teuren Ruhrrevier. Die Arbeitszeit ist bis zu einer Stunde länger wie in anderen größeren Bergbaurevieren. Der Gesundheitszustand ist der schlechteste von allen Bergbaurevieren. Die Krankenziffer beträgt 148 Prozent. Die Unfälle sind in den Jahren von 1907 bis 1910 von 873 auf 1940 gestiegen, also weit über die doppelte Zahl. Hohe Geldstrafen werden den Vergarbeitern vom Arbeitslohn eingehalten. Im Jahre 1910 betragen die Geldstrafen im Wurmrevier über 55 000 Mt. und für die eine Beche im Eichweiler Revier im letzten Jahre über 6000 Mt., zusammen also über 61 000 Mt. Das Krankengeld ist um 39 Pf. pro Tag geringer wie im Bochumer Knappschichtverein. Bedeutend geringer sind die Invalidenpensionen; dieselben betragen in der Wurmknappschicht nach 20 Jahren Beitragsleistung monatlich 22 Mt. und im Eichweiler Knappschichtverein sogar nur 20 Mt.

Im Mai 1911 hat der Vergarbeiterverband eine Eingabe an den Eichweiler Bergwerksverein sowie an die Knappschichtkassen eingereicht, in der um Abhilfe obiger Mißstände ersucht wurde. Im August 1911 wurde der Arbeiterausschuß der Beche Anna I und II in einer Belegenschaftsversammlung beauftragt, der Direktion die Wünsche der Vergarbeiter zu unterbreiten. Dem Ausschuß soll Abhilfe versprochen worden sein. Bis jetzt ist allerdings noch nicht das geringste Entgegenkommen zu merken. Die Werksverwaltungen glauben, die Arbeiter mit Verschreibungen trösten zu können.

Nicht bloß die Eingaben des Vergarbeiterverbandes, sondern auch die Beschlüsse der vom Gewerbeverein einberufenen Versammlungen wurden ignoriert.

Eine gleich günstige Zeit, um gegen diese unhaltbaren Verhältnisse gemeinsam Stellung zu nehmen, wird so leicht nicht wiederkehren. Jetzt könnte durch einiges, geschlossenes Handeln etwas erreicht werden. Sarsch aber lehnt zum Gaudium der Bechenbesitzer ein gemeinsames Vorgehen ab und mimt die Anstandsbedame, weil er die wirklichen Gründe für seine Haltung nicht angeben kann; würden die Mitglieder die wirklichen Gründe erfahren, würden sie dem Zentrumsgewerbeverein in hellen Scharen den Rücken kehren. Darum muß Sarsch die wirklichen Gründe verschweigen und die Anstandsbedame spielen. Ausgerechnet Sarsch!

Eine unwahrhaftige Beche gegen die englischen Bergleute

wird betrieben in den von der Zentrumsvereinsleitung herausgegebenen Flugblättern und Zeitungsartikeln, die natürlich mit Behagen von der Bechenpresse nachgedruckt werden. Zunächst wird versucht, die Dinge auf den Kopf zu stellen mit der Behauptung, es sei unsererseits ein „Sympathiestreik“ für die Engländer geplant. Wir haben schon in voriger Nummer ausdrücklich festgestellt und die Entwicklung der englischen Vergarbeiterbewegung bestätigt es jedem aufmerksamen Beobachter, daß unsere englischen Kameraden keinen „Sympathiestreik“ nötig haben, ihn nicht verlangen, sondern ihre Sache allein ausfechten können! Umgekehrt wird ein Schuh daraus. Die Vergarbeiter Deutschlands haben im Falle eines Kampfes die tatkräftige Sympathie der englischen Bergleute nötig und wir wissen, daß diese sich im Notfalle kameradschaftlich verhalten. Gaben die englischen Bergleute verdient, daß nun sogar von Gewerbevereinsseite gegen sie gehetzt wird? Nein, das haben sie wirklich nicht verdient!

Wir weisen darauf hin, daß der große englische Vergarbeiterbund 1905 die streikenden Ruhrbergleute mit 153 184 Mark unterstützte hat. Davon sind auch die streikenden Mitglieder des Gewerbevereins unterstützt worden! Soll die nummehrige Beche der Dank für die brüderliche Unterstützung sein?

Die Behauptung der Gewerbevereinsleitung, wegen der verstärkten englischen Kohleneinfuhr 1905 hätten die Ruhrbergleute

Feierschichten machen müssen, ist ebenfalls unwahr! Obgleich circa 200 000 Ruhrbergleute fast vier Wochen (über 20 Schichten) streikten, hat im 1. Vierteljahr 1905 (Januar, Februar, März) der Ruhrbergmann durchschnittlich noch 60 Schichten verfahren, was nur möglich wurde durch eine erhebliche Zahl Uberschichten im streikfreien Monat März. Am 2. Vierteljahr 1905 (April, Mai, Juni) sind dann schon wieder pro Ruhrbergmann durchschnittlich 76 Schichten verfahren worden. Das ist sogar noch eine Schicht mehr wie im 2. Vierteljahr 1911! Das alles sind amtliche Ziffern. Der Versuch des „Bergknappen“, die englischen Bergleute als Schädiger der deutschen Bergarbeiterinteressen zu denunzieren, ist also, weil unwahrhaftig, entschieden zurückzuweisen!

Zunächst haben die englischen Kameraden 1905 die streikenden Ruhrbergleute nicht nur mit Geld unterstützt — auch die Gewerkschaften nahmen das englische Geld mit Dank in Empfang! — sondern die englischen Kohlenbergleute haben außerdem während des Generalsstreiks im Ruhrgebiet die Arbeitszeit eingeschränkt!

Nach der amtlichen „Labour Gazette“ arbeiteten die englischen Kohlenbergleute im 1. Vierteljahr 1904 wöchentlich 5,19 Tage, im 1. Vierteljahr 1905 aber, also währenddem die Ruhrbergleute streikten, wöchentlich nur 5,13 Tagell. Sozusagen muß man vor dieser Bräuderlichen Solidarität haben! Einen deutlichen Beweis für ihre grobe volkswirtschaftliche Unkenntnis gibt die Gewerkschaftsleitung mit ihrer Behauptung, die englische Kohle habe 1905 während des Ruhrbergmannsstreiks der Ruhrkohle so viele Absatzgebiete fortgenommen, daß die Ruhrzechen wegen Mangel an Absatz Feierschichten hätten einlegen müssen. Diese Behauptung ist ebenfalls unwahr!

Der Generalsstreik der Ruhrbergleute war bekanntlich in den Monaten Januar und Februar 1905. Am 9. Februar beschloß die Meinerkonferenz in Essen den Abbruch des Streiks. Wegen des inzwischen eingetretenen Zubrechens der Strecken (nicht wegen Absatzmangel) konnte dann im Februar eine Anzahl Belegschaften einströmen nur unregelmäßig ansfahren. Im März war der Betrieb wieder allgemein regelmäßig. Nach dem Bericht des Kohlen-Syndikats betrug sein arbeitsfähiger Absatz (in Tonnen) im

	1905	1904
Januar	181 849	224 950
Februar	152 151	222 955
März	280 272	226 802
April	235 896	218 787
Mai	235 618	225 054
Juni	242 650	222 202

Danach ist bereits im März 1905, nach vollständiger Beendigung des Streiks, der Kohlenabsatz sogar höher gewesen wie im März 1904. Die vom „Bergknappen“ veröffentlichten Ein- und Ausfuhrziffern der deutschen und englischen Kohle sind lediglich Zahlenpiekerien eines Mannes, der von den Bedingungen des Handelsverkehrs zwischen den Industriestaaten keine Ahnung hat, wenn er sich auch als gelehrtes Hans ausspielt. Es betrug der arbeitsfähige Gesamtabsatz des Kohlen-Syndikats:

1904 (kein Streikjahr)	220 487 To.
1905 (Generalsstreikjahr)	220 986 „
1906	255 272 „
1907	266 601 „

Unser Kohlenabsatz ist sogar im Streikjahr 1905 noch etwas höher gewesen wie 1904, er stieg 1906 und 1907 ganz enorm. Wieder ein Beweis dafür, daß die englische Kohlenausfuhr unsere Absatzleistung nicht hindern konnte.

Im Jahre 1907 hat das rheinisch-westfälische Kohlen-Syndikat sogar auch englische Kohlen angekauft, um seine großen Lieferungsverpflichtungen erfüllen zu können!

Somit hat das Kohlen-Syndikat selber die Verwendung englischer Kohlen gefördert. Selbst die „Gesellschaftliche Allgemeine Zeitung“ vom 18. Mai 1911, trat der unsinnigen Behauptung, die englische Kohle würde immer „gefährlicher“ für den deutschen Kohlenabsatz, entgegen mit folgender Aufstellung: Es betrug die (in Tonnen)

	Einfuhr englischer Kohle nach Deutschland	Ausfuhr deutscher Kohle
1907	11 952 388	20 061 400
1908	10 057 125	21 062 862
1909	10 498 198	23 350 705
1910	9 653 115	24 257 651

Diese amtlichen Zahlen werfen die ganze Zahlenpiekerie des „Bergknappen“ glatt über den Haufen.

Solidarität.

Unter der Überschrift „Solidarität“ bringt die „Textilarbeiter-Zeitung“ (Nr. 9 vom 2. März 1912), Organ des „Christlichen“ Textilarbeiterverbandes einen Artikel, worin u. a. gesagt wird:

„Die Solidarität, das Zusammengehörigkeitsgefühl, ist eine der schönsten gewerkschaftlichen Tugenden. Sie ist gleichsam der Inbegriff der Gewerkschaftsarbeit. Auf ihr baut sich unsere ganze Arbeit, unser Wirken und Streben auf. Solidarität über heißt ja, gemeinsam mit anderen einem gemeinsamen Ziele zutreiben, heißt, die persönlichen Interessen der Gesamtheit unterordnen...“

Der organisierte Arbeiter weiß, daß er auch im Arbeitsverhältnis als Einzelner machtlos ist, daß er nur in Verbindung mit seinen Standesgenossen den Arbeitsvertrag zu seinen Gunsten zu beeinflussen vermag, daß hier seine persönlichen Interessen identisch sind mit jenen seiner Standesgenossen...“

Ein solidarisch denkender und führender Kollege wird auch in allen Situationen, besonders bei Lohnbewegungen, seinen persönlichen Willen dem der Gesamtheit unterordnen. Bei wirtschaftlichen Kämpfen den kämpfenden Kollegen in den Rücken zu fallen, betrachtet er als Verrat an seinem Stande.“

Das sind schöne Worte, die aber mit der ganzen Haltung und Taktik der Zentrums-Gewerkschaften nicht im Einklang stehen. Sie sind als Nichtkämpfervereine von Wärtern, Fabrikanten, Kaufleuten und Geistlichen ins Leben gerufen worden zu dem ausgesprochenen Zweck, einen Damm gegen die Sozialdemokratie zu bilden. Diesem Zweck entspricht auch ihre Haltung und Taktik. Wenn zuweilen radikalere Töne angeschlagen werden und von „Solidarität“ geredet wird, geschieht es nur, um Mitglieder zu fangen.

Eines der traurigsten Beispiele dieser Art bildet der Zentrums-Gewerkschaft der Bergarbeiter. Nach seiner Gründung 1894 wurde den Bergarbeitern bürgerlicher: „Organisiert euch nur christlich, den christlich organisierten Bergarbeitern werden die Bechenherren schon entgegenkommen!“ Als der Zentrums-Gewerkschaft 1897 dann die Probe aufs Exempel machte und mit einer Lohnforderung an die Bechenherren herantrat, wurde ihm bedeutet, er habe kein Recht, sich als Vertretung der Bergarbeiter aufzuspielen. Unser Verband erklärte sich sofort mit der Forderung des Zentrums-Gewerkschafts solidarisch; da aber fiel dieser um und erklärte, er wolle mit den Sozialdemokraten nichts zu tun haben.

Dasselbe Spiel wiederholte sich 1900. Bevor noch eine Antwort der Bechenherren auf die Arbeiterforderungen erfolgt war, brachte der „Bergknappe“ einen Abfrageartikel, obwohl vorher eine Verständigung zwischen Brust und Mäher über die Forderungen erfolgt war. So wurde es den Bechenherren leicht gemacht, ablehnend zu antworten.

Ein besonderes Paradebeispiel in dem Mittzeug des Zentrums-Gewerkschafts bildet der Streik von 1905. Da soll der Zentrums-Gewerkschaft bewiesen haben, daß er ein Kampfbund ist und zu kämpfen versteht; sogar das Mitglied der ganzen Bewegung soll er nach der Behauptung seiner Führer gewesen sein.

Das ist natürlich alles fauler Zauber, um Mitglieder zu fangen; gerade das Gegenteil ist wahr. Noch am 12. Januar 1905, als schon die Mehrheit der Bergarbeiter im Streik stand, führten die Zentrums-Gewerkschaftsführer den gleichen Wertung auf, wie früher und wie es auch jetzt geschieht. „Ambulad, Stilles, Effert et tutti quanti“ erklärten in der gemeinsamen Konferenz in Essen am 12. Januar 1905 übereinstimmend, daß viele Leute in den Streik getreten seien, ohne zu wissen, wofür sie streikten; sie würden entschieden gegen einen Streik stimmen und dafür sorgen, daß ihre Mitglieder an der Arbeit bleiben. Das würden die Zentrums-Gewerkschaftsführer auch getan haben, wenn die Bewegung ihnen nicht über den Kopf gewachsen wäre. Dieselben Leute aber, die einige Tage zuvor noch den organisierten Streikbruch proklamierten, überboten dann, als es kein Jurist mehr gab, die Verbandsführer noch an Wortradikalismus.

Allerdings kostete dieser Wortradikalismus nichts, durfte auch nichts kosten, denn der Zentrums-Gewerkschaft wurde von seinen „Freunden“ fast völlig im Stich gelassen. So hatten bis Ende Februar 1905 an Streikgeldern ausgebracht der

Zentrums-Gewerkschaft	1 480 000 Mk.
Zentrums-Gewerkschaft	260 000 „

Auf den Kopf ihrer Mitglieder hatten ungefähr aufgebracht:

Zentrums-Gewerkschaft	24,50 Mk.
Zentrums-Gewerkschaft	6,50 „
Polen	0,80 „

Hunderttausende hat der Verband beim Streik 1905 hergegeben zur Unterstützung auch der christlichen Mitglieder, weil der Zentrums-Gewerkschaft nicht in der Lage war, sie aus eigenen Mitteln zu unterstützen. Wenn die Führer des Zentrums-Gewerkschafts noch einen Funken Ehrgefühl im Leibe hätten, würden sie daran zurückdenken und gleiche Solidarität üben. Unvergessen müßte es ihnen sein, daß sie von ihren „Partei-Freunden“ damals eifrig im Stich gelassen wurden und nur die frei organisierten Arbeiter wahre Kameradschaftlichkeit und Solidarität liebten.

Über das ist noch den bisherigen Erfahrungen nicht zu erwarten. Sie handelten 1905 nach dem Grundab: „Non olet“ (es stinkt nicht) und nahmen, was sie bekommen konnten. Sie dachten keinen Augenblick daran, einmal gleiche Solidarität zu üben; sie zogen nach wie vor die christlichen Arbeiter im Interesse vornehmlich der Zentrums-Partei am Marrenschel.

Dasselbe Doppelspiel wiederholte sich dann 1905 bei Beratung der sogenannten Bergarbeiter-Schutzkommission, 1906 bei Beratung der Knappheitskommission, 1909 bei Beratung des Sicherheitsmännergesetzes im preussischen Landtag, 1911 bei Beratung der Reichsversicherungsordnung und bei allen anderen Gelegenheiten; dasselbe Doppelspiel erleben wir auch jetzt wieder, weil es ganz dem Zweck entspricht, zu dem der Zentrums-Gewerkschaft gegründet wurde.

Erinnert sie an die Meiden, die Stilles am 26. Juli 1908 in Mohrbach in der Pfalz und Effert am 29. November 1908 in Hannover gehalten haben. Uebereinstimmend erklärten beide, daß das Erwerbsloswerden der Nation und die deutsche Industrie durch einen gewaltigen Bergarbeiterstreik, wie ihn die Welt noch nicht gesehen habe, ruiniert werden könnten, wenn die Forderungen der Bergarbeiter nicht erfüllt würden: am 29. Januar 1909 erklärte Effert sogar einem Redakteur der „Alteinsicht-Blatt“, gegenüber, daß der vernünftige Schlag gegen das Erwerbsloswerden der Nation und die deutsche Industrie mit Hilfe der ausländischen Arbeiterorganisationen geführt und mit dem Kampf in die Zeit politischer Wahlen verlegt werden solle, damit die Bergarbeiter Gelegenheit hätten, ihrer Empörung auch politischen Ausdruck zu geben. Also ein politischer Massenstreik mit ausländischer Hilfe zur Vernichtung des deutschen Erwerbslosens und der deutschen Industrie. Bei den letzten Reichstagswahlen aber führen die Zentrums-Gewerkschaftsführer im Antz von einer Verhandlung zur anderen und agitieren für die Wahl des Bechenkandidaten.

Leute, die heute in Revolutionsphrasen schwelgen und morgen den Streikbruch als erhabene Tat feiern, können natürlich nicht ernst genommen werden, von ihnen darf man keine Solidarität erwarten. Wenn sie dieses Wort im Munde führen, geschieht es nur, um Mitglieder zu fangen. Das Leben auch die denkenden Mitglieder des Zentrums-Gewerkschafts immer mehr ein und kehren dieser doppelzüngigen Gesellschaft den Rücken. Damit erklärt sich auch, daß die Einnahme des Verbandes zu reinen Mitgliederbeiträgen gestiegen ist von 2 122 877,66 Mk. im Jahre 1910 auf 2 239 463,68 Mk. im Jahre 1911 oder um 116 586,02 Mk.; die Einnahme des Zentrums-Gewerkschafts zu reinen Mitgliederbeiträgen ist dagegen von 1 138 888,25 Mk. auf 1 138 549,75 Mk. oder um 338,50 Mk. in der gleichen Zeit gesunken. In der Erklärung des Reichsgerichts führt der „Bergknappe“ (Nr. 6 vom 10. Februar 1912) u. a. aus:

„Unzulässig wirkte auch auf unseren Abschluß ein, daß wir im letzten Herbst außerordentlich vorzüglich und zurückhaltend bei der Agitation sein mußten. Eine radikalere Agitation hätte bei dem tatsächlich vorhandenen Zündstoff und der von unverantwortlichen Radikalisten betriebenen Verheerung sehr leicht im Herbst einen für die Bergleute und mehr noch für die Arbeiter anderer Industrien und die Allgemeinheit schädlichen Streik im Gefolge haben können. Im Interesse unserer Volkswirtschaft und insbesondere auch der Arbeiter mußten wir deshalb auf jede radikalere Agitation verzichten. Das Allgemeinwohl mußte uns höher stehen, wie das Augenblicksinteresse unseres Gewerkschafts. Gätten wir uns nicht aus Gewissenhaftigkeit von diesen Gründen leiten lassen, so würden wir ohne Zweifel einen erheblichen Mitgliederzuwachs haben erzielen können. Andererseits aber müssen wir uns gestehen, daß wir trotzdem weiter kommen mußten und daß Stillstand, den wir hier leider verzeichnen müssen, leicht Rückschritt sein kann, und wollen wir daher darauf bedacht sein, wie wir diesen Umstand ändern können.“

In gutes Deutsch übertragen heißt das: Ungünstig wirkte auf unseren Abschluß unsere Doppelsüchtigkeit und Zweipaltigkeit ein, die von unseren Mitgliedern immer mehr erkannt werden und die uns darum immer mehr den Rücken kehren. Wo die unverantwortlichen und nicht ernst zu nehmenden Radikalisten zu finden sind, haben wir weiter oben gezeigt. Was da von Volkswirtschaft, Allgemeinwohl, Gewissenhaftigkeit usw. zusammenphantasiert wird, wirkt in dem Munde von Leuten, welche das Erwerbsloswerden der Nation und die deutsche Industrie ruinieren wollten, doch nur auf die Lachmuskeln.

Das heulende Gend, welches im Zentrums-Gewerkschaft in-folge der überflügen Taktik seiner Führer seinen Einzug gehalten hat, kommt auch in dem Jahresrückblick des „Bergknappen“ (Nr. 52 vom 30. Dezember 1911) zum Ausdruck. Dort wird u. a. ausgeführt:

„Wir stehen wieder am Schluß eines Jahres — eines Jahres, das uns mehr Unfreuliches, mehr Hindernisse und Schwierigkeiten brachte, wie die meisten seiner Vorgänger seit der Gründung unseres Gewerkschafts. Niedrige Löhne, Feierschichten und die Teuerung waren unserer Bewegung besonders hinderlich. Sie beeinflussten die Zahlungsfähigkeit der Bergleute in recht ungünstiger Weise. Und mehr noch die Stimmung. In weiten Kreisen der Arbeiter gewann wieder die der Organisation und jedem Fortschritt hinderliche Unzulässigkeit an Boden. „Unsere Arbeit muß doch nichts.“ „Die Organisation hat doch keinen Zweck.“ „Die Unternehmer machen doch, was sie wollen.“ hieß es vielfach.“

Es ist verständlich, wenn in den Zeiten einer schlechten Konjunktur sich mehr wie sonst eine gedrückte Stimmung zeigt. Besonders verständlich, wenn die Lage durch eine außerordentliche Teuerung noch verschlechtert wird und ein großer Teil der Preise

durch eine gewissenlose Gehe geradezu planmäßig flaumocherl be-treilt. Es ist auch natürlich, daß sich die organisierten Arbeiter und damit die Organisationen der allgemeinen Stimmung nicht ganz entziehen können. Die Schwierigkeiten bei der Organisationsarbeit wachsen, und die Fortschritte werden geringer.

Weiter sollte es aber nicht kommen. Die Organisierten dürfen sich von der Unzulässigkeit nicht anjeden lassen. Insbesondere nicht die Vertrauensleute. Sie dürfen sich nicht von solchen Stimmungen beeinflussen und noch weniger leiten lassen. Im Gegenteil, sie müssen bei der Organisation hinderliche Stimmung in eine ihr förderliche umwandeln.“

Hier wird also zugestanden, daß sich die Lage und die Zahlungsfähigkeit der Bergarbeiter infolge der niedrigen Löhne, der Feierschichten und der Teuerung sehr verschlechtert hat. Wenn aber die Gewerkschaftsmitglieder bezagen und sagen: „Unsere Arbeit muß doch nichts.“ „Die Organisation hat doch keinen Zweck.“ „Die Unternehmer machen doch, was sie wollen.“ so ist das nur eine Folge des bisherigen Sckadurjes der Gewerkschaftsleitung. Ungevoßt geht der „Bergknappe“ in seinem Artikel zu, daß viele christlichen Bergarbeiter das Vertrauen zu ihrer Organisation verloren haben. Wenn der „Bergknappe“ den Gewerkschaftsmitgliedern deshalb Vorhaltungen macht, merket er sich an die falsche Adresse. Die mangelnde Solidarität und Kameradschaftlichkeit, die Doppelsüchtigkeit und Unzuverlässigkeit seiner Führer, die auch bei dieser Lohnbewegung in Erscheinung treten, richten den Zentrums-Gewerkschaft zugrunde.

Volkswirtschaftliche Rundschau.

Folgen der Lebensmittelteuerung.

Dem Jahresbericht der Berliner Handelskammer für 1911 entnehmen wir:

„Neben den politischen Verhältnissen war es vornehmlich die Lebensmittelteuerung, deren widriger Einfluß im Wirtschaftsleben erkennbar hervortrat. Daß die Preissteigerung der landwirtschaftlichen Rohstoffe den verarbeitenden Gewerben Schmierigkeiten schuf, daß ferner die Lebensmittelteuerung das Hauptargument für die Erhöhung der Arbeitslöhne abgab, ist schon erwähnt worden. Hier soll zur weiteren Illustration der Teuerungsvhältnisse darauf hingewiesen werden, daß die Mehrausgaben, die dem Konsum auf dem Gebiete des Nahrungsmittelwesens emschufen, eine Verschiebung oder Einschränkung der Verbrauchsbetreibung auf anderen Gebieten hervorrief.“

Es liegt in der Natur der Sache, daß, wenn die Verbrauchsgüterstände, die unentbehrlich sind, teurer werden, der Absatz der mehr entbehrlichen Waren von dem Vorgange mitberührt wird. Ebenso natürlich ist es, daß die Einwirkung verschlehen ausfällt, je nachdem es sich um kaufkräftige oder weniger bemittelte Schichten von Konsumenten handelt. Daß der kaufkräftige Teil der Bevölkerung in merklichem Umfange seine Nachfrage nach Luxusartikeln einschränkte, war im Verlaufe des Jahres nicht zu beobachten; indes darf angenommen werden, daß die Vorliebe für bessere Qualitäten, die — zum Nutzen des gesamten Wirtschaftswesens — in den letzten Jahren sich fast überall bemerkbar gemacht hatte, angesichts der höheren Kosten der Lebenshaltung eine Abschwächung erfahren hat. Der analoge Vorgang — Wofür der besseren Ware zur billigeren Sorte, Bevorzugung des Surrogats an Stelle der echten Ware — trat stärker in den bescheidenen Massen der Konsumenten hervor, und hier auch war die stärkere Norm der Einwirkung der Teuerung, die quantitative Einschränkung der Nachfrage für manche Gewerbe sichtbar. In erster Linie traf dies für Zweige des Textilgewerbes zu. Während die Konfektions- und Wäschegeschäfte, soweit deren Kundenschaft sich aus den bemittelten Volksschichten rekrutiert, über geringen Absatz nicht zu klagen hatten, nahm der Verkauf, soweit er sich auf Massenartikel richtete, im letzten Halbjahr, als die Preise der Lebensmittel in die Höhe schwebten, einen recht schleppenden Verlauf. In anderen Branchen ging es ähnlich zu; wir nennen den Kolonialwarenhandel, das Geschäft in Eisen, Kurzwaren, den Möbelhandel, das Geschäft in Schuhwaren usw.; überall waren die Spuren der Lebensmittelteuerung zu verfolgen. Im allgemeinen läßt sich sagen, daß die Umsätze fast des gesamten Detailhandels von der Lebensmittelteuerung ungünstig beeinflusst wurden.“

In der öffentlichen Diskussion ist die Angelegenheit der Teuerung in verschiedener Art beurteilt worden. Sowohl über den Grad, als auch über die Ursache der Teuerung hat man Ansichten geäußert, die nicht in Uebereinstimmung zu bringen sind. Wir beschränken uns bei Besprechung der Frage auf wenige Bemerkungen.

Was den Grad der Teuerung anbelangt, so haben wir uns über die Preissteigerung, die am Marktmarkt zu beobachten war, bereits oben geäußert. Zur Ergänzung des Bildes seien noch für einige Artikel, die Gegenstände des allgemeinen Verbrauchs sind, die Preise der Jahre 1910 und 1911 in Vergleich gestellt. Wir unterziehen dabei nur die Verhältnisse des zweiten Halbjahres 1911 einer Betrachtung, in diesem Zeitraum die Verschärfung der Situation sich am deutlichsten bekundete. Es kosteten

	im August des Jahres 1910	im August 1911	im September 1911	im Oktober 1911	im November 1911
Starksteifen (pro Tonne)	40,00	80,00	66,07	68,98	70,00
Roggenmehl	18,70	22,49	22,95	22,25	21,60
Butter	231,11	263,33	274,81	206,66	288,68
Maffinierten Zuder	60,75	49,25	58,75	57,13	56,50
Kaffee	93,00	126,75	184,00	148,75	168,50
Kakao	99,00	124,00	120,00	120,00	118,00
Weis	22,00	24,25	26,38	28,50	27,25

Die vorstehenden Ziffern, die amtlicher Feststellung entstammen, gelten für die Preise, welche im Großverkehr bezahlt wurden. Sie lassen erkennen, daß im zweiten Halbjahr 1911 ein Zustand herrschte, den man mit dem Worre Teuerung belegen kann.“

Fländerung der Reichskasse!

Die Verhältnisse auf dem Getreidemarkt haben die Ausfuhr in den letzten Monaten stark gefördert! Dank unserem famosen Zoll- und Einfuhrschutzsystem machen die Importeure dabei ein feines Geschäft, indem sie zu dem im Inlande erzielten Preise die Ausfuhrprämie einstecken. Im Januar d. J. wurden über 1 Million Mark mehr Zollbeträge durch Einfuhrschutze beglichen, als im selben Monat des vergangenen Jahres. Ganz enorm ist die Fländerung der Reichskasse seit Geltung der höheren Zölle und damit der höheren Ausfuhrprämien gestiegen. Die im Januar der aufgeführten Jahre mittels Einfuhrschutze beglichenen Zölle ergaben folgende Beträge:

1906	2 190 143 Mk.
1907	4 709 670 „
1908	6 175 254 „
1909	10 184 123 „
1910	11 014 571 „
1911	12 038 570 „
1912	13 309 298 „

Besonders muß darauf hingewiesen werden, daß wir viel mehr Roggen ausführen als einführen. Der Ausfuhrüberschuß betrug in der Zeit vom 1. August bis 31. Januar der drei letzten Jahre 167 560 To., 225 598 To. und 362 241 To. Für die letzten sechs Monate ergibt sich somit ein direkter Zufluß von der Reichskasse für die Ausfuhr nur an Roggen von 18 112 075 Mk.

Für die dringendsten Kulturarbeiten haben wir kein Geld. Dafür zahlen wir aber den Junkern viele Millionen Mark an Liebesgaben, damit der Preis im Inlande in die Höhe gehet!

Jahresergebnis der Deutschen Schlachtungen.

Die amtlichen Ergebnisse der Schlacht- und Viehbeschau in Deutschland für das Jahr 1911 ergeben in Gegenüberstellung zu denen des Vorjahres folgendes Resultat:

Gattung	1911	1910	Zunahme	Abnahme
Ochsen	659 698	611 630	—	51 068
Bullen	424 369	477 151	—	52 782
Kühe	1 768 949	1 801 647	—	32 698
Jungvinder	962 284	1 051 773	—	89 489
Mäher	4 577 962	4 726 942	—	148 980
Schweine	18 541 694	16 299 526	2 242 168	—
Pferde	151 529	148 781	2 708	—
Schafe	2 282 187	2 426 757	—	104 570
Ziegen	493 566	474 008	19 558	—
Gunde	6 583	6 922	—	369

Aus den Berggewerbegerichten.

Spruchkammer Süd-Osten.

Zu der Sitzung am 22. Februar 1912 waren sämtliche Beisitzer geladen. Nachdem selbige versammelt waren, wurden die Wahlen der Ausschüsse nach den Vorschriften der §§ 50 und 51 vorgenommen. Da sich kein Widerspruch erhob, wurde sowohl von den Arbeitgebern als auch von den Arbeitern durch Zuzug gewählt.

Die gewählten sechs Ausschussmitglieder aus den Reihen der Arbeiter sind: Hermann Joppelt, Johann Klaus, Heinrich Wischmann, Ed. Wegel, Friedrich Inseffert und Wilhelm Bente. Als Ausschussmitglied wurde Herr Wegel Oberbeisitzer gewählt. Die Mitglieder dieser Ausschüsse sind nur Vorstandsmitglieder.

Bei dieser Wahl hat es nicht an Erheiterung gefehlt. Als der Vorsitzende, Herr Berggraf, die sechs Obenannten als gewählt erklärte, erhob sich der schwarzgelbe, auf Besatz Schütz-Neuad gewählte Beisitzer und erklärte, sich nicht an der Wahl zu beteiligen, obwohl er sich vorher ruhig verhalten hatte. Er hatte es halt ein wenig zu spät gemerkt, daß der schwarzgelbe Beisitzer nicht auf seine Kosten kam.

Nach diesen Wahlen wurde eine Klage gegen Besatz Schütz-Neuad verhandelt. Als Beisitzer fungierten von den Arbeitgebern Langemann, von den Arbeitern Kamrad Bente. Es handelte sich um eine Strafe wegen Nichterfüllung der Weisungsanordnungen (Zubeln). Betrag 2,00 Mk. Die Parteien gingen auf eine Einigung ein. Klage erhält die Hälfte der Strafe zurück.

Bergschlichter-Sitzung in Zwidau am 28. Febr. 1912.

Den Vorsitz führte Dr. Wetzel. Beisitzer waren: Markschreiber Hofberg, Zwidau, Obersteiger Wälder, Neufäßel, Gauer Müller-Wachtan und Gauer Schütz-Scheubitz.

Zur Verhandlung standen sechs Verurteilungen. Zwei davon richteten sich gegen die allgemeine Anwaltschaftsklasse für das Königreich Sachsen; beide wurden abgewiesen. Die übrigen vier Fälle betrafen Unfallfällen. Zwei Verurteilungen, von denen hier wurden zurückgewiesen; in einem weiteren Falle erfolgte Einstellung der Klage, die für eine Fingerüberlegung gewährt war, weil neuerdings dem Verletzten für den ganzen Arm Menie gezahlt wird. Die letzte der Verurteilungen kam nicht zur Verhandlung, weil sie zu spät eingegangen, die Frist also verstrichen war.

Nachrichten aus der Montanindustrie.

Hohe Uberschüsse der Kaliwerke.

Bei der Beratung des Reichstages (1910) stellten die sozialdemokratischen Kommissionsmitglieder den Antrag, den von den Kaliwerkbauern in der Periode 1907/08 erzielten Durchschnittslohn als gesetzlichen Mindestlohn festzusetzen und hierzu einen Zuschlag von 10 Prozent zu beschließen. Diesen Antrag begründete unser Kamerad Otto Sue eingehend mit dem Nachweis der finanziellen Leistungsfähigkeit der Kaliwerke und der Ungünstigkeit der Arbeiterlöhne. Der Mindestlohnantrag wurde in das Gesetz aufgenommen, aber der Lohnzuschlag von 10 Prozent abgelehnt. Ein Eventualantrag, doch wenigstens 5 Prozent Lohnzuschlag zu beschließen, wurde ebenfalls abgelehnt, mit der Begründung, die Industrie würde zu sehr belastet.

Nun hat die Kaliindustrie ein volles Jahr Gültigkeit des Kaligesetzes hinter sich und es stellt sich heraus, daß die vom Kameraden Sue beantragte Lohnschöpfung sehr wohl bewirkt werden konnte. Das beweisen die Uberschussangaben nachbenannter Kaliwerke:

	1910	1911
Alte	862 959 Mk.	1 180 000 Mk.
Beienrode	1 008 000	1 000 000
Burbach	1 292 154	1 890 548
Carlsfund	818 808	918 156
Glückauf-Sonbershausen	1 852 819	1 952 885
Großherzog von Sachsen	1 034 530	1 226 697
Güntershall	828 524	808 208
Gellgenrode	450 350	584 888
Grubungen I und II	884 741	458 188
Hohenzollern	681 887	954 448
Holzenberg	1 682 510	2 028 276
Stegfried I	624 467	752 574
Wilhelmshall	1 185 888	1 288 480
Wintershall	1 528 244	1 878 797

Das letztgenannte Werk hat nicht etwa 1911 schlechter gewirtschaftet wie 1910, sondern sein letztjähriger Uberschuss ist durch besonders hohe Ausgaben für Neubauten u. dergl. dem Namen nach gemindert worden. Auch dann ist der Uberschuss glänzend geblieben. Daß die Gesetzesmacher, ohne die Kaliindustrie in Verdrängnis zu bringen, den Arbeiterlohn um 10 Prozent höher festsetzen konnten, wird angesichts der gewaltigen Werksüberschüsse kein ernsthafter Mensch bestreiten können.

Kohlenförderung in Oesterreich 1911.

Die amtliche Kohlenstatistik bringt nun einen Ausweis über die Produktion in den einzelnen Bezirken. Demnach gestaltete sich die Produktion (in Tonnen) folgendermaßen:

Steinkohle:	1911	1910
Ötztal-Karwin	8 176 891	7 665 031
Nötsch-Ostawan	450 562	439 440
Madno-Schlan	2 714 138	2 455 832
Riffen-Nies	1 297 075	1 329 483
Schwarz-Schwadowitz	430 061	411 264
Galizien	1 655 544	1 845 602
Uebrige Bergbaue	187 046	127 330
Zusammen	14 861 314	13 773 985
Gegen Vorjahr	+ 1 087 329	

Braunkohle:	1911	1910
Brüx-Lepitz-Komolau	17 056 858	17 170 256
Sachsen-Eibogen	3 738 826	3 632 188
Wolfsberg-Thomastroitz	379 428	387 981
Leoben und Johansdorf	992 929	985 183
Wolfsberg-Nötsch	744 841	734 189
Trißl-Sagor	1 076 750	987 914
Styrien und Dalmatien	232 416	200 910
Galizien	27 350	33 959
Uebrige Sudetenländer	269 357	273 429
Uebrige Alpenländer	739 176	17 170 256
Zusammen	25 255 429	25 132 855
Gegen Vorjahr	+ 122 574	

Die Steinkohlenförderung hat um eine Million Tonnen zugenommen. Von den Steinkohlenbezirken sind Ötztal (um 500 000 T.), Madno (um 260 000 T.), Schwarz (um 20 000 T.) und Galizien (um 300 000 T.) besser, Riffen um eine Million T. schwächer. Unter den Braunkohlenbezirken weisen Kärnten um 100 000 T. und Trißl (um 90 000 T.) Mehrerträge auf, während das Krainer Gebiet um 100 000 T. gegenüber dem Vorjahre im Rückstande ist.

Aus der deutschen Arbeiterbewegung.

An die organisierte Arbeiterchaft Deutschlands!

Auf Beschluß des Unternehmervereins deutscher Porzellanfabrikanten sind am 24. Februar sämtliche Porzellanarbeiter und Arbeiterinnen der ihm angeschlossenen Betriebe ausgesperrt worden, weil die Porzellanfabrikanten wegen Lohnforderungen die Arbeit eingestellt haben und sich weigern, sie bedingungslos wieder aufzunehmen.

Der Konflikt ist dadurch entstanden, daß in einem Betriebe in Zellow einige Dreher die Ausrüstung einer neuen Sorte Porzellan verweigerten, so lange nicht eine Vereinbarung mit der Direktion über einen angemessenen Lohnabschluss erfolgt sei. Die Betriebsleitung beantragte das Verlangen der Dreher nach Preisvereinbarung mit sofortiger Entlassung. Auch die Mitglieder des Arbeiterausschusses, die im Interesse einer Verständigung bei der Direktion vorgehen wollten, erhielten sofort ihre Entlassung. Daraufhin legten sämtliche Porzellanarbeiter des Betriebes die Arbeit nieder. Als sich

im Laufe des Kampfes herausstellte, daß die Arbeiter für die bestrittenen Forderungen in den anderen Porzellanbetrieben herbeigeholt wurden, kündigten die im Verband der Porzellanarbeiter organisierten Porzellanarbeiter bei allen dem Syndikat der Porzellanfabrikanten angehörenden Firmen und legten Ende Januar dieses Jahres die Arbeit nieder. So daß seitdem etwa 600 Dreher im Streik sich befinden. Nur zwei von den bestrittenen Betrieben betreiben auch Geschirrfabrikation und gehören der Unternehmer-Schlichtervereinigung der Geschirrfabrikanten an. In den Geschirrfabrikationen dieser beiden Betriebe bestanden keine Differenzen und wurde weiter gearbeitet. Trotzdem mußte sich der Unternehmer-Schlichterverein deutscher Porzellanfabrikanten in den Streik und beschloß die Aussperrung aller bei den Verbandsfirmen beschäftigten Arbeiter, mit dem Vorbehalt, daß die Unorganisierten nach acht Tagen die Arbeit wieder aufnehmen können und für die eine Woche mit dem vollen Durchschnittsverdienst entschädigt werden sollen, wenn sie einen Meeres unterschreiben, daß sie niemals dem Verbande der Porzellanarbeiter beitreten werden. Alle diese Arbeiter sollen in die gelbe Organisation gedrängt werden.

Dem Verbande der Porzellanarbeiter bleibt angesichts dieses Vorgehens der Unternehmer nichts weiter übrig, als den Kampf aufzunehmen. Er wird geführt um das wichtigste gewerkschaftliche Recht: die Mitwirkung der Arbeiter bei der Festsetzung der Lohn- und Arbeitsbedingungen. Von den rund 17 000 Mitgliedern des Verbandes der Porzellanarbeiter werden etwa 8500 von der Aussperrung betroffen. Die großen, zur Unterstützung der Aussperrten erforderlichen Summen kann der Verband der Porzellanarbeiter auf die Dauer allein nicht aufbringen. Da der Kampf voraussichtlich von längerer Dauer sein wird, ist es notwendig, schon jetzt an die Solidarität der organisierten Arbeiterchaft zu appellieren.

Wir richten deshalb an die organisierte Arbeiterchaft Deutschlands die dringende Aufforderung, durch Übernahme allgemeiner Sammlungen zur Unterstützung der ausgesperrten Porzellanarbeiter und Arbeiterinnen tatkräftig beizutragen.

An die Vorstände der Gewerkschaften und örtlichen Gewerkschaftskartelle ergoht die Bitte, sofort die nötigen Maßnahmen für diese Sammlungen zu treffen. Die Gewerkschaftskartelle werden ersucht, die Sammlungen an ihrem Orte zu zentralisieren. Sammlungen werden von der Generalkommission nicht verfaßt; soweit solche erforderlich sind, müssen diese von den Gewerkschaftskartellen beschafft werden.

Gemäß dem Beschlusse des Kölner Gewerkschaftskongresses sind alle für die Porzellanarbeiter aufgeführten Gelder nur an die Generalkommission abzugeben. Für die Verteilung ist folgende Adresse zu benutzen: Konto-Nr. 7080, Hermann Rube, Postfachamt Berlin oder direkt an Hermann Rube, Berlin SO. 18, Engelauer 14/15.

Der Einfachheit wegen und um Porto zu sparen, wolle man die leichere Adresse nur benutzen, wenn besondere Umstände die direkte Einfindung der Gelder erfordern. Im übrigen sind alle Geldsendungen unter Angabe der obigen Kontonummer und dem Namen des Kontoinhabers ausschließlich an das Postfachamt Berlin zu richten. Zur Erleichterung der Eingehungen erhalten in nächster Zeit alle Gewerkschaftskartelle Postkarten, auf denen die volle Adresse vorgegedruckt und auf denen nichts weiter nachzutragen ist, als der Betrag, der abgebändelt wird. Zahlkarten mit dem darauf bezeichneten Betrag können bei allen Postämtern des Reichs unentgeltlich eingeliefert werden. Ortsverwaltungen und Zahlstellen der Verbände, die aus besonderen Gründen Gelder direkt an die Generalkommission einfinden — in der Regel sollen die Gelder an das Gewerkschaftskartell am Orte abgeliefert werden — werden ersucht, gleichfalls nur Zahlkarten zu benutzen und sich solche vom Gewerkschaftskartell ausfindigen zu lassen. Ueber die eingehenden Beträge wird im „Correspondenzblatt“ quittiert. Besondere Danksagungen werden dem Einfindenden nicht ausgestellt.

Berlin SO. 18, Engelauer 15, den 1. März 1912.

Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

C. Regien.

Zentrums-gewerkschaftliche Arbeitsvermittlung.

Die Vieselfelder „Wolfsmacht“ bringt in ihrer Nummer vom 20. Februar einen Artikel, der so recht zeigt, in welcher Weise die Zentrums-gewerkschaften mit den Interessen der Arbeiter umspringen und wie sie mit den Unternehmern zu teufelmecheln suchen.

Ein Zirkular, das verbreitet ist und mit der Unterschrift des Herrn Oberbessel versehen an zahlreiche Vieselfelder Fabrikanten verfaßt worden ist, hat folgenden Wortlaut:

„Christlicher Metallarbeiterverband, Vieselfeld.
Sekretariat Vieselfeld, Herforderstraße 84. — Telephon 205.

Vieselfeld, 1910.

Firma Vieselfeld.

Wir erlauben uns die höfliche Anfrage an Sie zu richten, ob es jetzt, wo die Industrie sich wieder hebt, möglich ist, in Ihrem Betriebe Neueinstellungen von Arbeitern vorzunehmen, und ob Sie geneigt sind, meine Vermittlung zuzugestehen. Sollten Sie sich in zustimmendem Sinne entscheiden, so bitte ich um gefl. Nachricht. Vielleicht wäre auch eine persönliche Aussprache zweckdienlich und ich würde einem diesbezüglichen Wunsche Ihrerseits entgegenkommen. Schnellste und prompteste Bedienung zusichernd, zeichnet sich mit vorzüglicher Hochachtung
August Oberbessel, Sekretär des christl. Metallarbeiterverbandes.“

Einige Firmen haben sich einige Zeit die angebotene Vermittlung gefallen lassen. Der Stellenjuchende empfing dann auf dem Arbeitsnachweis des „christlichen“ Metallarbeiterverbandes eine Karte mit folgendem Schema:

Ueberbringer dieses wird vom Arbeitsnachweis des christlichen Metallarbeiterverbandes als empfohlen.
Vieselfeld, den
Herforderstr. 84.
Telephon: 205.
August Oberbessel.“

Durch eine größere Anzahl dieser Karten an die Firmen Koch & Co., Gildemeister & Co., C. Rogelgang, Görde usw. wurden Wertzeugschloßer, Bohrer, Metallarbeiter, Dreher, Arbeiter empfohlen. So ganz prompt hat die Vermittlung und Bedienung indes nicht immer geklappt, und einige Firmen haben überhaupt mit der Zeit ein Paar darin gefunden, von Herrn Oberbessel sich Arbeitskräfte zuweisen zu lassen.

Ja, wird der eine oder andere wohl einwenden wollen, Arbeitslosen Beschäftigung zu verschaffen, ist doch ein gutes Werk, das seinem Urheber keinen Tadel eintragen sollte. Das ist richtig, aber bei den „Vermittlungen“ des Herrn Oberbessel handelte es sich gar nicht in erster Linie darum, Arbeitslose unterzubringen, sondern sein Streben war, Mitglieder zu gewinnen. Derselbe Mann, der Arbeitgebern „prompte Bedienung“ in der Nachweisung von Arbeitskräften zusichert, mußte diese Arbeitskräfte erst in ganz Rheinland-Westfalen zusammenjuchen.

Der „Vieselfelder Generalanzeiger“ veröffentlichte die von ihm ausgegebene Anzeige:

„Es werden gesucht:
Maschinenschloßer, Fräser, ältere Dreher und Former.
Näheres: Herforderstraße 84.“

Und als diese Annonce die beabsichtigte Wirkung nicht ganz zeitigte, bemühte der prompte Bediener im „Leuchtturm“, einem Blatt des Pastors Stuhmann in Wärrnen, sein Heil. Dieses Blatt brachte eine Anzeige folgenden Inhalts:

„Es werden gesucht:
Christlich geübte Maschinenschloßer, Dreher und Former.
Gefl. Offerte an Christl. Metallarbeiterverband, Vieselfeld, Herforderstraße 84.“

Wenn die Stellenbewerber noch nicht „christlich gesinnt“ waren, dann wurde diesem Mangel durch den Beitritt zum „christlichen“ Metallarbeiterverband abgeholfen. Denn: nicht die Arbeitslosigkeit, sondern die „christliche“ Gesinnung (dies: Mitgliedschaft beim christlichen Metallarbeiterverband) war die Voraussetzung für die Arbeitsvermittlung des Herrn Oberbessel. Und der Mann, der diese niedlichen Madenschaften inszenierte, hat den Mut, von dem „neutralen“ und „duldsamen“ Charakter der Zentrums-gewerkschaften zu sprechen!

Es hat durch die vorstehenden Anekdoten enthüllt die Treiben des Herrn Oberbessel vom Standpunkte eines erlebenden Arbeiters schon nicht scharf genug zu beurteilen, so fehlt uns jeder Ausdruck zur Charakteristik der Tatsache, daß der genannte Herr es fertig brachte, selbst in der Zeit der Lohnbewegung in der Metallindustrie seine prompte Bedienung erneut anzubieten. Hier die Beweise, Antwoortschreiben auf sein Angebot:

„Vieselfeld, 30. November 1911.
Christlicher Metallarbeiterverband, Vieselfeld.
Auf die gestrige Anfrage erwidere ich, daß zurzeit die Möglichkeit, Arbeiter einzustellen, nicht besteht. Sollte das demnächst der Fall sein, so werde ich diesbezüglich telephonisch Nachricht geben.
Hochachtungsvoll
(ppa. Lepper) Stratemann.“
Ein zweiter Brief aus derselben Zeit hat folgenden Wortlaut:
„Vieselfeld, 30. November 1911.
Christlicher Metallarbeiterverband (Ortsverwaltung Vieselfeld), Vieselfeld, Herforderstraße 84.
Wir besitzen Ihre gefl. Anfrage vom 29. cr. und erwidern, daß wir voraussichtlich, je nach Eingang der Bestellung, einige Arbeiter noch einstellen werden und glauben, diese aus den Einheimischen entnehmen zu können.
Hochachtungsvoll
H. & Th. Möller, Gef. m. B. Postung. Gräbner.“
So geht es von Stufe zu Stufe mit den Zentrums-gewerkschaften, immer mehr zur völligen gewerkschaftlichen Verklumpung herab.

Internationale Mundschau.

Der nationale Kongress der französischen Bergarbeiter zu Angers.

Ueber die Verhandlung des diesjährigen Kongresses unserer französischen Bruderorganisation entnehmen wir dem Organ derselben, „La Voix du Mineur“, folgenden Bericht:

Der Kongress tagte vom 12. bis 10. Februar. Eine Anzahl Punkte der reichhaltigen Tagesordnung waren regelmäßig auf allen Kongressen wiederkehrende Sachen, die wir in unseren Berichten über die letztjährigen Kongresse schon behandelt haben. Das gilt besonders von den Forderungen: Verstaatlichung der Gruben, Unfall- und Krankenversicherung, wöchentlicher Ruhetag für Bergarbeiter und Kinderarbeit in den Gruben. Die schon früher von den Kongressen hierzu angenommenen Resolutionen wurden erneuert.

Ein Antrag bet. Schaffung einer besonderen Streikversicherungskasse wurde von der Tagesordnung zurückgezogen und die Sache vertagt.

Angenommen wurde eine Resolution, welche Klagen über die Verletzung der Bergarbeiter unter Fortzahlung des Lohnes fordert. Ferner beauftragte der Kongress die französischen Delegierten zum internationalen Kongress, den Antrag der deutschen und österreichischen Delegierten zu unterstützen, die internationalen Kongresse nur alle zwei Jahre anstatt jährlich abzuhalten.

Weiter protestierte der Kongress in einer Resolution gegen die Nachsprache des Kassationshofes betreffend Beteiligung an Streiks. Die Resolution verlangt, daß für die Beteiligung an Streiks dieselben Grundätze gelten sollen wie bei Unfällen und Krankheitsfällen, daß sie also nicht als Kontraktbruch angesehen werden soll.

Mit 41 Stimmen gegen 13 und 7 Stimmenthaltungen wurde beschloffen, paritätisch aus Arbeitern und Unternehmern mit einem unparteiischen Vorsitzenden gebildete Schlichtergerichte zu fordern, welche über Streitigkeiten zwischen Arbeiter und Unternehmer verhandeln und entscheiden sollen.

Die wichtigsten Punkte der Tagesordnung waren: Wochentag, Minimallohn und Arbeiterpensionen. Als Berichterstatter zu diesen Punkten waren bestimmt die Kameraden Thomas, Durafort und Corbier. In deren Berichte schloß sich eine lebhaft und ausgedehnte Diskussion. Diese Verhandlungen wurden aber streng geheim geführt, ebenso werden die gefaßten Beschlüsse geheim gehalten. Es wurde folgende für die Öffentlichkeit bestimmte Resolution angenommen:

„Der am 12. Februar und die folgenden Tage zu Angers verfaßte Kongress der Bergarbeiter beschloß:

In Erwägung, daß die Bergarbeiterchaft seit Jahren vergeblich die Erfüllung der von der Regierung oft versprochenen Verbesserungen erwartet, besonders die gesetzliche Regelung der Bergarbeiterpensionen, Wochentag und Minimallohn;

in fernerer Erwägung, daß die von der Regierung den Bergarbeitern gemachten Bewilligungen nichts ändern an den Arbeitsbedingungen, auch keine Verbesserung der Arbeiterlage bringen, — beschloß der Kongress, energische Maßnahmen zu ergreifen, um den Arbeiterforderungen Anerkennung zu verschaffen.“

Der Kongress beauftragt den Nationalrat, die zur Durchführung der in Frage stehenden notwendigen Maßnahmen, entsprechend den in der geheimen Sitzung gefaßten Beschlüssen, zu treffen.

Als Tagungsort des nächsten Kongresses wurde Mais bestimmt.

Ueber österreichische Bergarbeiterausbeutung

schreibt unser Bruder „Glück auf“, Organ der österreichischen Bergarbeiterunion: „Es ist kaum glaublich, unter welcher schrecklichen Lohnrückerei die Bergarbeiter in Knappenberg (Kärnten) leiden. Daß dort Bauer bei schwerer, ungesunder und lebensgefährlicher Arbeit für 24 bis 25 Schichten bloß einen Monatslohn von 70 bis 80 Kronen erhalten, ist allgemein bekannt. Die Lohnzahlung des Januar d. J. war aber eine wahre Schande. Da wurde z. B. vier Arbeitern, welche 25 Schichten gemacht hatten, ein Schundlohn von je 40 Kronen ausbezahlt. Diese Arbeiter arbeiteten an einem Felsort bei einer Höhe von 26 Grad Celsius in einem ständigen Koch- und die Schinderei war geradezu lebensgefährlich. Und trotz alledem so ein Hungerlohn! Von diesen 40 Kronen werden noch verschiedene Abzüge gemacht, so daß einem Arbeiter rund 44 Kronen blieben. Dabon soll man bei dieser großen Feuerung leben! Wo soll da die Kraft herkommen, daß die Arbeiter diese schwere gefährliche Arbeit verrichten können? Die unerbörte Ausbeutung der Knappenberger Bergarbeiter ist ein Verbrechen, welches zum Himmel schreit. Als die Arbeiter gegen diese hundertmalige Bezahlung protestierten, wurde ihnen gesagt: „Ihr habt nicht mehr verdient.“ Wei-so einem schlechten Bedingte ist es aber trotz der größten Anstrengung unmöglich, mehr zu leisten. Die unverdächtige Ausbeutung der Arbeiter hat am 10. Februar ein Opfer gefordert. Ein 20jähriger Arbeiter namens Karl Grünanger wurde vom herabfallenden Gestein erschlagen. Das Gestein schlug ihm die Hirnschale ein, gedrückt ihm den Brustkorb und brach ihm die Hände, so daß sofort der Tod eintrat. Karl Grünanger war ein braver Mensch, der eine liebhabende Familie ernähren half. Durch die Spornut der Alpen Montangesellschaft, deren Aktionäre jährlich Hunderttausende Kronen einstecken, die aus den Knochen der Grubenklaven gepreßt werden, mußte ein junger Mensch sein Leben lassen. Ingenieur Sommerger tröstete die Mutter Grünangers mit den Worten: „Trösten Sie sich, er wird schon beerdigt, mit Mist.“ „Scht kapitalistische Moral! Eine Gesellschaftsordnung, in der Menschenleben so wenig gelten und Menschen so schamlos ausgebeutet werden, soll der Teufel holen!“

Auflösung „christlicher Gewerkschaften“ in Italien.

Wie in Deutschland, so herrscht auch in Italien unter den katholischen Vorführern Streit darüber, in welchem Verhältnis die wirtschaftspolitischen Arbeiterorganisationen zu den kirchlichen Vorführern stehen; ob diese unter allen Umständen auch für die Gewerkschaften bindend, oder ob in wirtschaftlichen Angelegenheiten jene Arbeiterorganisationen selbstbestimmend sind. Das letztere behaupten bekanntlich die Vertreter der „interkonfessionell-christlichen Gewerkschaften“ (W.-Gläubiger Richtung), die „katholischen Facharbeiter“ (Berliner Richtung) bestreiten es, anerkennen für sich unter allen Umständen die katholischen Kirchenlehren als bindend. In Italien besteht unter dem Vorherrschaft der (1) Medolago Albani mit dem Sitz in der Stadt Bergamo eine blühende katholische Gewerkschaftsbewegung, schreibt der „Arbeiter“ (Berl. Nr. 8). Der Papst selber forderte „alle wirtschaftlichen und gewerkschaftlichen Organisationen der katholischen Stätten“ auf, sich der von dem Grafen geleiteten Zentrale zu unterstellen. Der „Arbeiter“ schreibt weiter:

Nur in der Däzige Mailand beliebte man besondere Wege zu gehen. Die dortigen Organisationen schlossen sich den vom Papst genehmigten Zentralorganisationen nicht an; trotzdem traten sie auf internationalen und Gewerkschaftskongressen als die Vertreter der italienischen katholischen Arbeiterchaft auf. Sie hatten sogar vom katholischen Zentralverband in Bergamo verlangt, derselbe müsse seine bisherigen „katholischen“ Satzungen in „christliche“, von der Kirche unabhängige, umändern; dann erst könnten sie beitreten. Als Papst Pius X. ein diesbezüglicher Antrag bekannt wurde, schrieb er an den genannten Grafen Medolago, daß es ihm „ganz und gar unmöglich“ sei, ein solches Statut anzunehmen, und noch weit weniger, es gutzuheißen, auch der angebotene Zweck, „den lauen und zweifelhaften Katholiken das Statut tatsächlich annehmbar zu machen“, werde nicht erreicht.

Der Papst sagte in fast gerühmter Weise noch hinzu, daß es weder loyal noch vornehm sei, das katholische Bekenntnis unter falscher Flagge segeln zu lassen, als ob es eine Rassist- und Schmuggelware wäre. Die Mailänder Separatistengruppe hatte noch weiter vorgeschlagen, das Wort „katholische Kirche“ durch „christliche Gerechtigkeit“ zu ersetzen, worauf der Papst antwortete, daß es nicht abzusehen sei, bis zu welchem Punkte mit dem Begriff „christliche Gerechtigkeit“, der genaugam weit und gefährlich ist, der Geist der angeschlossenen Verbände und folglich auch die Personen, die in den Vorstand gewählt werden, noch gelangen könnten.

Papst Pius X. verlangte, daß nur die katholische Gewerkschaftsform durchgeführt werde. Möge die Unione Economico-Sociale also müßig die katholische Fahne hochhalten und an dem am 20. März dieses Jahres approbierten Statut festhalten.

Trotz dieser hohen Weisungen blieben die Mailänder Führer bei ihrem „christlich“ und unterstellten sich nicht dem katholischen Gesamtverband, der Unione Economico von Bergamo; sie blieben bei ihrer Sonderorganisation.

Auf den internationalen Gewerkschaftskonferenzen trat immer eine Vertretung der italienischen Gewerkschaftsorganisationen auf. Mander dachte sich wohl — auch die „Königliche Volkszeitung“ stellte die Sache schließlich so dar — es handelte sich um den katholischen, vom Papst anerkannten Gesamtverband des Grafen Medolago Albani; das war aber nicht der Fall, es waren stets nur die Mailänder Sonderorganisationen.

Nun aber haben sich diese Mailänder Gruppen entschlossen, sich dem rechtmäßigen katholischen Zentralverband unterzuzurren. Nach der jüngsten Romreise des Herrn Kardinal Ferrarri von Mailand sanfte Papst Pius X. ein Schreiben an alle lombardischen Bischöfe, worin er einerseits vor den Modernisierenden, sogenannten katholischen Zeitungen streng warnte; andererseits aber auch auf die unbedingte Notwendigkeit hinwies, in der Gewerkschaftsbewegung von der Mailänder christlich-demokratischen Organisation abzulaufen und dem anerkannten Gesamtverband der katholischen Gewerkschaften sich endlich anzuschließen. Als eine sehr erfreuliche Frucht des päpstlichen Schreibens darf nun angesehen werden, daß die Mailänder bisherigen unabhängigen Organisationen nunmehr erklärt haben, sich der vom Papste anerkannten Zentrale von Bergamo zu unterstellen.

Am 4. und 5. März d. J. wird nun in Mailand ein allgemeiner Abgesandtenkongress stattfinden, auf welchem die versprochene Vereinigung der Mailänder sozialen Organisation mit der allgemein katholischen Organisation erfolgen soll. Kardinal Ferrarri wird am Vermittlung des 4. März selbst zu diesem Kongress erscheinen und eine Ansprache an die dort anwesenden Delegierten halten.

Die „Christlichen Gewerkschaften Italiens“ werden sich also der energisch vom Papste befürworteten katholischen Gewerkschaftszentrale „unterwerfen“, damit auf ihren Titel „christlich“ verzichten, sich klar und ehrlich katholisch nennen. Damit sind sie aus der von M. Glaback geleiteten „Internationalen christlichen Gewerkschaftszentrale“ ausgeschlossen. Die orthodox-katholische Richtung unter den Katholiken verurteilt den Streik so gut wie gänzlich. Die „christlichen Gewerkschaften“ in Deutschland haben ja das Mißfallen einflussreicher Kirchenfürsten erregt, weil diese Organisationen zeitweilig mit den freien Gewerkschaften zusammen streikten. Dieser Stein des Anstoßes wird ja nun von den ehemals überadulierten aufmunternden M. Glabacker Gewerkschaftsführern aus dem Wege geräumt. Die Antistreittheorie der Berliner Richtung hat jetzt so vollständig gestiftet, daß nunmehr ein Organ der gelben Streikbrechervereine dem ebenen so tabulierten „Zentralgruppen“ beiseite, er entwickle „gesunde Gedanken“. In Italien unterwerfen sich die „christlichen Gewerkschaften“ in aller Form der „katholischen Zentrale“; in Deutschland bleiben die „christlichen Gewerkschaften“ zwar formell von den ausgearbeiteten dem Zentrum zugehörigen „katholischen Handarbeitern“ getrennt, akzeptieren aber tatsächlich nach und nach die „gewerkschaftlichen“ Lehren der „Berliner Richtung“.

Knappschäftliches.

Der Entwurf einer neuen Novelle zum lebenden Titel des preussischen Allgemeinen Knappschäftsgesetzes ist dem Herrenhause zugegangen. Sie beschränkt sich im wesentlichen darauf, die Veränderungen vorzuschlagen, welche die Reichsversicherungsordnung zwingend vorschreibt. Dieses gilt u. a. für die Hinaufhebung der Gehaltssumme von 2000 auf 2500 Mk. der Beamten, die zum Beitritt zu Knappschäftskassen verpflichtet sind; sowie die Begrenzung der Gehaltssumme von 4000 Mk. für die Beamte, wo die Berechtigung zum Beitritt für die Rententasse aufhört. Ferner werden die Bestimmungen über die Befreiung von der Krankenversicherungsbeiträge entsprechend dem § 497 N.-V.-O. vorgeschlagen. Ebenso die Bestimmungen über die Befreiung des Grundlohnes nach § 180 N.-V.-O. Die freiwillige Weiterversicherung beim Ausscheiden aus der versicherungspflichtigen Beschäftigung soll entsprechend den Bestimmungen des § 813 N.-V.-O. geregelt werden.

Bezüglich der Leistungen der Knappschäftskassen geht der Entwurf über die in der N.-V.-O. zwingend vorgeschriebenen Leistungen nicht hinaus.

Auch bezüglich des Verwaltungsrechts der Arbeiter in den Knappschäftskassen bringt der Entwurf keine bemerkenswerten Änderungen. Er will sogar die Bestimmungen aufrecht erhalten, wonach der Vorsitzende eines Knappschäftskassenvereins und dessen Stellvertreter aus den Werksbeihilfengewählten werden müssen.

Für die Vorkonferenzen schlägt der Entwurf entsprechend der Bestimmung des § 501 N.-V.-O. die geheime Wahl vor. Ferner entsprechend Absatz 2 des § 501 a. a. O., daß Knappschäftskasseninvaliden als Vertreter gewählt werden können, wenn sie als beitragspflichtige oder als freiwillige Mitglieder Beiträge zur Rententasse eines Knappschäftskassenvereins oder zu einer besonderen Rententasse zahlen.

Das Verfahren bei Streitigkeiten über Mitgliedschaftsverhältnisse sowie die Leistungen der Knappschäftskassenvereine zwischen diesen und den Mitgliedern sollen ebenfalls nach dem Entwurf nach den entsprechenden Bestimmungen der N.-V.-O. geregelt werden.

Wie schon erwähnt, geht der Entwurf über das zwingend durch die N.-V.-O. vorgeschriebene nicht hinaus. Er vermeidet es, die in der Reichsversicherungsordnung zugelassenen über die Zwangsbeiträge bezüglich der Leistungen der Knappschäftskassenvereine hinausgehenden Verbesserungen vorzuschlagen. Der vorliegende Entwurf kann die Bergarbeiter nicht befriedigen, sie verlangen daher vom preussischen Landtag, daß er den Entwurf einer gründlichen Änderung unterzieht, aber nicht wieder wie bei früheren Gelegenheiten im reaktionären Sinne. Vorschläge, wie er geändert werden soll, liegen dem Landtage bereits in einer Petition des Verbandsverbandes und der unserem Verbandsangehörigen Knappschäftskassen vor.

Wir werden auf den Entwurf zurückkommen und denselben kritisch würdigen.

Mißstände auf den Gruben.

Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Schacht Anna. Ein recht schneidiges Regiment führt augenblicklich der Herr Bergamtsassessor G. hier auf dem Köhler Bergwerksverein. Wenn man den Herrn über Tage den Hut schwenken sieht, so sollte man denken, es wäre der arbeitserfreundliche Herr, den es nur geben kann. Aber wehe, wenn er in Uniform ist und zu arbeiten anfängt. Er findet dann nirgends genügend Leistung. Besonders Schacht Anna scheint ihm nicht genug Dividende zu bringen und dabei wird hier schon seit Monaten täglich von zwei Revieren abwechselnd 1 1/2 Schicht verfahren. Bei dieser Jagd nach Kohlen ist es ja erklärlich, daß die Nebenarbeiten vernachlässigt werden. Die Querschläge und Hölzbehalten gleichen an verschiedenen Stellen einem Schlammbad. Ebenfalls sind die Strecken in einem sehr schlechten Zustand. Kommen die Wagen nicht hochgefüllt zu Tage, so ist der Herr sofort mit dem Besen zur Hand, aber von den Mißständen sieht er anscheinend nichts. Befährt er hier ein Revier, so ist er ununterbrochen am Kritikkissen, die Kameraden schäffen viel zu viel, sie sollten mehr hacken. Uebrigens sollten sie sich mal ein Beispiel nehmen an der Weisheit der Schächte Rarl und Gmscher. Wird man den Herrn zur Rede wegen besserem Lohn, so meint er, wir sollten nur tüchtig Uebersehichten machen. Anfang Februar sind im Revier II, wo ein Flöz am Brennen ist, zum zweiten Male die Gase ausgebrochen. Bei den Abdämmungsarbeiten meinte der Herr Assessor, die Arbeiter sollten mal tüchtig zugreifen und einmal zeigen, daß sie Bergleute seien. Jawohl, die Rumpels haben geschuftet, bis sie ohnmächtig zum Schacht gebracht werden mußten! Der Herr Betriebs-

führer hatte die Kameraden gebeten, Handzuhellen und ihnen einen tüchtigen Lohn versprochen. Wie er dieses dem Herrn Assessor vorstellte, hatte derselbe kein Wort der Anerkennung. Aber beim Verlassen der Arbeitsstelle ermahnte er den Betriebsführer, nur recht vorsichtig zu sein, daß keine Leute mit eingemauert würden. Kameraden von Schacht Anna, es wird Zeit, daß ihr euch etwas mehr Respekt verschafft!

Beche Bergmann (Wittener Steinkohlenbergwerk). Mit großer Verwunderung lasen die Kameraden von Bergmann in der Nr. 8 unserer Verbandszeitung die Verächtung der Direktion. Das Recht, verwundert zu sein, wird ihnen auch kaum jemand bestreiten können. Denn einmal berichtet der Direktor Krüner eine Notiz, die vor fast einem Jahre — im April 1911 zum Streit — erschien, und an die niemand mehr dachte. Zum anderen ist die Verächtung inhaltlich unrichtig, wie wir in nachstehendem darlegen wollen. Als am Morgen des 2. März die Belegschaft der Beche Bergmann in den Streit trat, hatten wir gleich morgens 7 Uhr Unterhandlungen mit dem Betriebsführer und dem Bechevertreter Krüner. Das Resultat war, daß der Assessor uns sämtliche Forderungen bewilligte, die wir gestellt hatten. Hieraus erklärte die Kommission, sie wolle dieses der Belegschaft mitteilen, der Streit würde dann wieder beigelegt werden. Die Kommission (best. Auschuß) erklärte sich dann noch bereit, dem Assessor nach der Belegschaftsversammlung das Ergebnis derselben mitzuteilen, was auch geschehen ist. Als der Auschuß nun zum Assessor kam und ihm erklärte, daß der Streit abgebrochen sei, fing er wieder an zu unterhandeln. Der Auschuß mußte ihm die Forderungen nochmals unterbreiten. Der Assessor zog sich ein paar Punkte heraus und erklärte sie für neu. Es waren dies die Punkte: „Lohnreduzierungen dürfen überhaupt nicht vorgenommen werden und die Gehaltsreduzierungen sollten wieder rückgängig gemacht werden.“ Dabei sagte er, das wären neue Punkte, darüber wolle er verhandeln, wenn die Belegschaft vollständig angefahren sei. Hieraus wurde seitens des Ausschusses erklärt, daß auch diese Forderungen des Morgens gestellt worden seien. Zu dem Lohnsatz 5,80—6,00 Mk. ist zu erklären, daß diese Forderung geltend hat: „wo im Gebirge 5,50 Mk. verdient wurde, soll das Gebirge, sofern der Lohn 6,00 Mk. nicht übersteige, stehen bleiben.“ Diese Forderung ist auch des Morgens gestellt und auch bewilligt worden, des Nachmittags nochmals von uns erwähnt, wurde sie auch noch gutgehessen. Erst am dritten Tage ist dem Assessor eingefallen, was das für eine verwerfliche Forderung war und er betrachtete sie da als neu hinzugelommene. Wir betonen nochmals: Sämtliche von uns gestellten Forderungen sind des Morgens bewilligt worden. Die Verächtung des Herrn Direktors ist also sachlich unzutreffend.

Beche General Blumenthal III und IV. Diese Beche ist auf dem besten Wege, sich zum Musterpütt auszubilden. Dauerlöhne von unter 6 Mk. sind keine Seltenheit. Einer Kameradschaft wurde für Januar ein Lohn von 3,71 Mk. ausbezahlt. Dagegen steht es bei jeder Kleinigkeit Strafen. So haben Kameraden Strafen in Höhe von 6 Mk. und mehr im Monat im Lohnbuch stehen. Sonderbare Zustände herrschen hier beim Gehelgenen. Es ist nämlich schon vorgekommen, daß der Obersteiger oder Betriebsführer in der einen Schicht ein Gebirge fehte, die nächstfolgende Schicht kommt oder irgend ein Fahrsteiger und feht wieder ein anderes. Ueberhaupt scheinen hier die Fahrsteiger mehr Recht zu haben, wie der Betriebsführer. Es wäre sehr angebracht, wenn sich diese Beamten mehr um Abschaffung der hier massenhaft herrschenden Mißstände bekümmerten.

Beche Gwast I und II. Unsere Beche gehört mit zu denen, die jetzt nicht genug Kohlen herausbringen können. Und so hat denn das Salten und Jagen bei der Förderung schon nichts Neuschönes mehr an sich. Täglich ein Arbeiter feht hier an, so sagen ihm die Beamten gleich: „Es ist hier Mode, daß die Wode zweimal 1 1/2 Schicht und am Samstag doppelt gemacht wird.“ Mit dieser Devise sollen sich die Leute dann abfinden. Es bleibt ihnen also nur die Wahl, entweder gleich von vornherein bei den Beamten in Ungnade zu fallen oder sich der Verächtung der Kameraden auszugeben, die das Verfahren von Uebersehichten mit Recht als ein Vergeben gegen die gebotene Solidarität ansehen. Daß eine solche Wahl recht vielen Arbeitern peinlich ist, steht man den betreffenden Leuten an, wenn sie von den Uebersehichten nach Hause gehen. Sie fesseln dann den Blick zu Boden — ein Zeichen, daß sie sich bedrückt fühlen oder gar schämen. Das ist ja eben das Juchbare, daß das Kapital dem Arbeiter nicht nur die besten Kräfte des Körpers nimmt, sondern auch seine guten Regungen allgemach ertötet, ihn fühl- und schamlos seinen Mitmenschen gegenüber macht oder doch zu machen sucht. Die tolle Jagd nach Kohlen ist natürlich ein guter Nährboden für mancherlei Mißstände. So wird jetzt die Seilfahrtsordnung vielfach übertreten. Bei der Ein- und Ausfahrt kommt es öfters vor, daß ein Satz Leute und ein Satz Kohlen zu gleicher Zeit gefördert werden. Auch wird öfters die Seilfahrt um wenige Minuten hinausgeschoben, wenn zu ihrem Beginn noch nicht „genug“ Kohlen hinaus sind. Ist eine anderthalbstündige Arbeitszeit ausgeschrieben, dann möchte man am liebsten die Arbeiter alle drinnen behalten. Diejenigen, die nicht Lust haben und heraus wollen, müssen sich erst am Schacht vom Steiger oder Fahrsteiger einer Musterung unterziehen lassen. Dazu gehört auch, daß man alle Markennummern der Ausfahrtsenden unterschreibt. Den Zweck dieser Maßnahme kann man leicht erraten.

Beche Mathias Stines I und II. Hoch im Kurse stehen bei uns die Uebersehichten. Und es gibt Arbeiter, die der Verwaltung auf den Leim gehen und ihr für den Preis ihrer Knochen die Kaffianen aus dem Feuer holen. Es sagt sich jedenfalls mancher, ob ich an Entbehrung oder ob ich an Ueberanstrengung leiden muß, ist eins, und wenn ich Uebersehichten mache, fessele ich mich mit den Beamten auf einen besseren Fuß. Eine solche Haltung ist falsch und schwächlich; sie entspricht nicht den Interessen der Arbeiter und muß bekämpft werden. Immer wieder muß man den Kameraden vorhalten, daß die Werke ohne Gemütsblässe Feiertage einlegen, wenn es ihnen nämlich ist, daß sie aus diesem Grunde schon jedes Recht verweigert haben, von uns Uebersehichten zu verlangen. Die Verweigerung derselben liegt in unserem Nutzen, also müssen wir sie verweigern, wir folgen damit nur dem Beispiel der Beche. Es wäre ja garabegut ein Standal, wenn wir uns jetzt, nach Eintritt einer besseren Konjunktur, an Stelle der notwendigen Lohnerhöhung eine Verlängerung der Arbeitszeit gefallen lassen wollten. Wenn wir still halten, kommt sie aber! Ist es doch schon vorgekommen, daß zur Seilfahrt, wenn die Arbeiter längt zum Ausfahren angetrieben sind, noch flott gefördert wird, daß der Förderausseher noch um 2 1/2 Uhr Abge einrücken ließ. Kameraden, laßt euch warnen! Wäht man dem Teufel erst den kleinen Finger, so nimmt er gleich die ganze Hand!

Beche Nordstern III und IV. (Verächtigung.) Es ist unwahr, daß auf Beche Nordstern III und IV, wie in Nr. 7 der „Bergarbeiter-Zeitung“ vom 17. Februar behauptet wird, die Ausfahrt der Arbeiter zumeist 15 bis 20 Minuten zu spät erfolgt. Ebenso unwahr ist die Behauptung, daß bei der Ausfahrt Unordnung herrscht. — Es ist schließlich unwahr, daß die zwischen zwei Arbeitern vorgekommene Schlägerei auf Unordnung bei der Ausfahrt zurückzuführen ist, da der eine sich unbedeutend vor den anderen gedrängt habe. Die Schlägerei hat sich nicht bei der Aus-, sondern bei der Einfahrt zugetragen, bei der doch nach Angaben der „Bergarb.-Ztg.“ selbst als „recht pünktlich“ zugeht. Phoenix, Aktiengesellschaft für Bergbau und Güttnerbetrieb, Abteilung Bergwerksverwaltung. (Namen unferlich.)

Beche Osterfeld. Wir brachten in Nr. 1 der „Bergarbeiter-Ztg.“ eine Notiz, worin besonders die Unpünktlichkeit bei der Seilfahrt auf Beche Osterfeld kritisiert wurde. Unter anderem war darin gesagt, daß es auch mit der Ausfahrt für die Arbeiter laपरते, welche Uebersehichten verfahren hätten. Daran knüpfte der „Bergknappe“ (Nr. 5) die alberne Bemerkung: „Man feht hier also, daß die „Bergarbeiter-Ztg.“ diejenigen in Schutz nimmt, welche Uebersehichten verfahren.“ Es ist eben nichts zu dumm, es findet sein Publikum! — denkt wohl der gelbe Bruder, der diese Zeilen verbrochen hat, denn nur geistig Arme darf man solchen Kohn aufstehen. Die „Bergarbeiter-Ztg.“ nimmt nicht diejenigen in Schutz, welche Uebersehichten verfahren, sondern das Interesse der Bergarbeiter; darum fordert sie, daß die Seilfahrt pünktlich beginnt, auch für diejenigen, welche Uebersehichten verfahren, damit den Arbeitern die Schichtzeit nicht in ungeschicklicher Weise verlängert wird. Uebrigens sollte der fragliche Satz lauten: Auch hapert es mit der Ausfahrt für die Arbeiter, welche eine Uebersehichten verfahren wollen. — Die ganze Aufmachung der „Bergknappen“ zeigt übrigens, daß es dem gelben Schreiber nicht darauf ankommt, den Bergarbeitern zu nützen, sondern nur darauf, uns anzuzerpeln.

Beche Rheinbaben. Dieser Staatspütt ist alles andere als ein Musterbetrieb. Das zeigt schon der lössale Belegschaftswechsel. Wenn man sich mit Mißständen befaßen wollte, dann könnte man jede Woche die „Bergarbeiter-Zeitung“ vollschreiben allein von Rheinbaben. Dieses wäre aber noch nicht das schlimmste, wenn nicht noch die schlechte Verhandlung durch einige Beamte hinzukäme. Hier ein Beispiel: Komm-

da am Abschlag ein Arbeiter zum Steiger O. von Revier 18 und fordert einen Krankenchein. Schon hatte der Steiger die Diagnose gestellt; er erklärte den Arbeiter als Simulanten. Natürlich blieb der Kamerad dem Beamten die richtige Antwort auch nicht schuldig, denn beim Betriebsführer sich beschweren oder den Teufel beim Weelzebub verfluchen, ist ein und dasselbe. Darum ist es auch erklärlich, warum einige Beamte so ungeschickig mit den Arbeitern umspringen. Werden die Arbeiter doch unter den schlechten Gebirgsverhältnissen so herumgenommen, daß sie kaum noch die nötige Courage haben, sich gegen Verächtigungen zu verteidigen. Offensichtlich fruchtete diese Klage etwas bei der Verwaltung, sonst hat sie es sich selbst zuguschreiben, wenn die Arbeiter immer mehr an Wandern denken.

Oberbergamtsbezirk Bonn.

Grube Anna, Anlage I. Diese und alle anderen hiesigen Gruben, mit Ausnahme von Nordstern und einigen in Angriff genommener: Neuanlagen, gehören dem Schwelmer Bergwerksverein an. Daher kommt es, daß sich ein Arbeitsnachweis oder eine Schwarze Liste für das hiesige Revier erübrigt. Kündigt ein Arbeiter auf einer dieser Gruben, oder fliegt er, so bleibt ihm nichts anderes übrig, als Grube Nordstern oder die Auswanderung in ein anderes Revier, weil er für alle dem Schwelmer Bergwerksverein gehörigen Gruben für sechs Monate ausgesperrt ist. Da nun die Grube Nordstern wegen Wasserdurchbruchs zum Teil still liegt, ist die Lage der Arbeiter, die unter der Herrschaft des Schwelmer Bergwerksvereins ihr Dasein fristen, fast unerträglich. Besonders auf obgenannter Grube kann man die Verlethertungen einer wahren Miltärherrschaft beobachten. Traurig ist es nur, daß sich verschiedene Steiger dazu hergeben, den Rumpels das ohnehin laure Leben noch unerträglich zu machen. Diese Beamten täten besser, sich dem Steigerverbände anzuschließen, um auch ihre kümmerliche Lage zu verbessern. Auch müßten sie wissen, daß es ihnen, ebensogut wie den Arbeitern, unmöglich ist, alle Vorschriften zu befolgen, wenn sie den vorgeschriebenen Soll fördern wollen. Wegen solche Arbeiter, welche offen und ehrlich überall ihre Meinung sagen, feht man besonders scharf vor. Drei unserer Kameraden haben damit traurige Erfahrungen gemacht. Diesen drei, welche in drei verschiedenen Steigerrevieren beschäftigt waren, brachte man mitten im Januar den Bescheid, sich beim Steiger W. (Flöz 8), zu melden. Flöz 8 ist nur 12, höchstens 15 Zoll dick. Den drei Kameraden, von denen einer schon 12, ein anderer bald 20 Jahre auf dieser Grube in mächtigeren Flözen gearbeitet haben, war diese Arbeit ungemohnt und deshalb sehr beschwerlich. Hinzu kam noch, daß ihnen gemeinschaftlich eine Arbeit angewiesen wurde, wo niemand arbeiten will und die, wie Steiger W. laute, nicht eilt. Trotz allen Mühen bezahlten sie dort 4,08 Mk. Bei der Abnahme ließ der betreffende Steiger durchblicken, daß die Verlegung eine Maßregelung sei und die Kameraden täten besser, wenn sie kündigten. Aber wohin sollten sich diese nun wenden? Amel von ihnen wohnen in der Grubenkolonie, ferner haben alle drei die im Herbst gelieferten Kartoffeln bezogen, die ausschließlich an die Grube bezahlt werden. Am Kündigungsfall wird ihnen die ganze Summe auf einmal eingehalten, denn die Kartoffellieferung war eine „Wohlfahrtseinrichtung“. Wollten die drei kündigen, so lagen sie mittel- und arbeitslos auf der Straße. Sie verlangten deshalb eine Gehaltsaufbesserung oder einen probeweisen Arbeitswechsel. Welches wurde abgelehnt, so daß die Kameraden gezwungen waren, zu kündigen. Vom Betriebsführer wurde gesagt, die Kameraden leisteten nicht genug. 20 und 12 Jahre lang hatten sie genug geleistet! Ueberhaupt geht diese Maßregelung vom Betriebsführer J. aus. Wer diesen Herrn nur oberflächlich kennt, hätte ihm ein solches Vorgehen gegen ordentliche Arbeiter nicht zugehört. Und wie will der Mann, der sich eine Kapelle baute, dieses Vorgehen mit christlichen Grundsätzen vereinbaren? Was sagte doch der Nazarener? „Was ihr dem Geringsten unter euch tut, das tut ihr mir.“ Für das Ansehen des Betriebsführers und der Grube wäre es jedenfalls besser, wenn er sich um Sachen bekümmerte, die der allgemeinen Sicherheit der Arbeiter dienlich sind. In diesem Punkte hapert es ganz gewaltig. Wir wollen nur einiges anführen: Am Revier des Steigers G., Flöz 5, Brestberg, arbeitet die Belegschaft schon Monate lang bei fallender Luft, wenigstens ist der Luftzustand so schlecht, daß der Rauch von den Sprengschüssen stehen bleibt oder gegen die Luft die Streben herunterfällt. Verlethertungsborrichtungen sind in fast allen Revieren Luxus. Am Revier des Steigers W. hat man eine ebenso sonstige wie eigenartige Methode zur Staubentfernung gefunden: dort feht die den Staub mit Besen von den Stößen, wo er massenhaft lagert. Diese Prozedur läßt sich der Staub nicht gefallen und wirbelt mächtig herum. Natürlich feht er sich auf anderen Stellen wieder fest. Was sagt die Bergbehörde zu solcher Bekämpfung der Staubgefahr? Die Schichtzeit beträgt hier immer noch 3 1/2 Stunden. Im 6 Uhr morgens beginnt die Seilfahrt, 6,40 Uhr gibt es keine Lampen mehr. Die Ausfahrt beginnt um 3 1/2 Uhr und dauert oft bis 4,10 Uhr; des Samstags, weiß zugleich die Nachmittags- resp. Nachtschicht einfahrt, wird es 4 1/2 Uhr und später, ehe die Morgenschicht herauskommt. Seit Monaten bemüht sich der Gewerksverein, die Schichtzeit mit „Witten“ und „Erfuchen“ um eine Viertelstunde (1) herabzusetzen. Die Direktion hat auch dieses versprochen, aber wann dieses „Versprechen“ eingelöst wird, weiß niemand, auch der Gewerksverein nicht. Man hört allgemein sagen, daß der Gewerksverein an der Nase herumgeführt wird. Er feht hier zwar, was von dem Wohlwollen der Grubenbesitzer zu halten ist, sogar wegen einer Viertelstunde Schichtverkürzung sträuben sie sich. Trotzdem läßt sich der Gewerksverein nicht belächeln, seine Leitung fordert sogar auf, im Ernstfalle Streikbruch zu begehen. Kameraden! Schredt vor dem Terror der Grubenbesitzer nicht zurück, tretet dem Verbands bei und werbet neue Mitkämpfer. Nicht beurteilen, nicht bitten, nur mutig gestritten! Sonst laden uns die Werksherren aus, wie sie den christlichen Gewerksverein auf Grube Anna ausluden.

Grube Anna II. Weil jetzt schon lange keine Kritik der Betriebszustände in unserer Zeitung stand, glauben schließlich die Leser, daß die Arbeiter hier nicht mehr zu fragen brauchen. Das wäre ein Verstum — die Kameraden haben durchaus keinen Anlaß, Lobeshymnen auf das Werk zu singen. Schon darum nicht, weil fast niemand von den hohen Strafen verschont bleibt, die wegen Förderns unreiner Kohle verhängt werden. Bis zu 4 Mark im Monat werden an Strafe den einzelnen abgehakt, wo doch jetzt bei der schmerzlichen Teuerung keiner recht weiß, wie er seine Familie durchbringen soll. Nun heißt es zwar, die Strafgebühren fließen in die Unterstützungsstelle und kommen dadurch den Arbeitern wieder zugute. Diese Ansicht wird von vielen Leuten aber nicht geteilt, viele Arbeiter stehen der Unterstützungsstelle sehr feptisch gegenüber. Erstens wissen die Arbeiter nicht, wieviel eigentlich brinn ist, denn eine ordentliche Verichterstattung darüber feht. Und dann werden nur wenig Unterstützungsgefuche bewilligt. Wer zehn Tage krank feiern muß, der hat bei 201 Mk. Krankengeld einen großen Lohnverlust. Aber das Unterstützungsgefuch wird meist glanzend abgelehnt. Zwar werden die Wäter von vier Kindern, von denen eins zur Kommunion geht, mit einer Unterstützung bedacht. Aber — ein Mann, der drei Kinder hat und längere Zeit krank ist, hat eine Unterstützung unseres Grachtens ebenso nötig. Trotz der ohnehin langen Schichtzeit von reichlich 9 Stunden werden die Rumpels jetzt zweimal wöchentlich von den Steigern aufgefördert, 1 1/2 Schicht zu machen. Und so mancher tut es; meilens geschieht es darum, den Beamten nicht zu ergären, dann aber auch deshalb, weil die Arbeiter von der Hand in den Mund leben und den kleinen Mehrverdienst von der halben Schichten brauchen können. Sie denken eben, der Sperling in der Hand ist besser als die Taube auf dem Dache. Das ist zu beklagen — die Taube ist leicht zu kriegen, wenn man den Sperling fliegen läßt. Darum, Kameraden, weg mit den Uebersehichten!

Grube Lulle (Brüggen). Eine ganze Reihe von Uebelständen sind auf dieser Grube vorhanden und es ist nur dringen zu wünschen, daß die Verwaltung Abhilfe schafft. Schon der Zugang zur Grube kennzeichnet sich als grober Mißstand. Die Arbeiter müssen nämlich zwischen der Kettenbahn hinuattergehen, weil ein anderer Weg nicht vorhanden ist. Die sanitären Verhältnisse sind schlecht. Auf der ganzen Grube sind vor Ort keine Abortlöcher zu finden und wissen die Arbeiter nicht, wo sie ihre Notdurft verrichten sollen. Die Folge davon ist eine Verunreinigung der Strecken, die man anderwärts für unmöglich halten würde. Man muß sich wundern, daß die Verwaltung nicht von selbst zur Beseitigung dieses Zustandes kommt, der doch wahrhaftig nicht schön ist. Mit der bloßen Verhängung von Strafen — wie es früher war — ist es freilich nicht getan; zuerst müssen Rumpel in genügender Zahl beschafft werden, und dann erst kann und muß gegen jedes Vergehen gegen die Gebote der Reinlichkeit vorgegangen werden. Die Streckenbauer erhielten früher auch Wasser und Seife von der Grube geliefert — auch das ist in letzter Zeit weggefallen. Wie leicht die Arbeiter hier zu Strafen kommen können, liegt nachstehender Fall: Vorige Woche hatten zwei Mann der Nachtschicht den Auftrag erhalten, Schienenstücke herbeizuschaffen. In der Grube selbst konnten sie keine finden und mußten sie darum an den Antriebs hinauf-

und von dort das Verlangte holen. Dem Steiger W. waren die beiden Leute zu lange geblieben und diktierte er ihnen je für zwei Stunden Lohnabzug. Am Samstag gingen allein 21 Mann mit je 2 Mark Strafe im Kasten; sie sollen an diesem Tage bei der Arbeit geschäftig haben. Wenn aber die Grube einmal nicht arbeiten läßt, müssen es die Arbeiter doch auch hinnehmen. Bei den Lohnzahlungen könnte es auch etwas korrekter zugehen, auf den Lohnbüchern steht nur der Wochenverdienst im ganzen und nicht, wie es doch zur besseren Nachkontrolle richtig wäre, der Gehaltslohn besonders. Das wäre das wichtigste für heute. Die Verwaltung hat es durch unsere Mittelungen jetzt leicht genug, den Wählern auf den Grund zu gehen. Tut sie es nicht, dann haben sich die vielen Unorganisierten die Schuld zuzuschreiben, die hier noch vorhanden sind. Wenn wir uns selbst nicht regen und äußern, wer soll uns dann aus dem Sumpfe führen? Diese Frage ist vorzulegen, wäre für den großen Teil der Bergarbeiterschaft endlich an der Zeit!

Hannover, Braunschweig, Hessen-Lippe.

Gewerkschaft Ilfenburg (Wustrom). Hier ereignete sich am 21. Februar ein recht bedauerlicher Unglücksfall. Dem Bergarbeiter Heinrich Schröder aus Müllingen fiel bei der Abtransportarbeit eine Bohle (45 Meter Tiefe) auf den Kopf, so daß der Tod auf der Stelle eintrat. Außerdem wurde ein Arbeiter so erheblich an der Schulter verletzt, daß derselbe in ein Krankenhaus geschafft werden mußte. Dieser Unglücksfall wäre sicher vermieden worden, wenn bessere Vorkehrungsmaßnahmen getroffen wären. Fürs Weiter unter dem Schacht-Eingang befindet sich eine aus zwei Wälzen und einer Bohle bestehende Bohle. Auf dieser Bohle liegt ein angelegter Arbeiter, welcher die Selbstführung festzuhalten hat, um die Selbstführung zu verhindern. Diese Bohle war in seiner Weise befestigt. Da sie nicht gleichmäßig auf den Wälzen auflag, kam sie ins Wippen und fiel auf die unten Arbeitenden. Wäre der Arbeiter nicht angelegt gewesen, so wäre er rettungslos abgestürzt. Außerdem herrscht auf diesem Werke eine große Unterebene seitens der Vorgesetzten. Eine Schicht soll immer mehr machen wie die andere; und die Arbeiter lassen sich häufig treiben. Da wäre es angebracht, wenn sich die Bergarbeiter mehr um solche Zustände bekümmerten, denn gerade der obige Unfall zeigt, daß die Betriebsleitung aus sich selbst heraus den Arbeiterschutz nur für mangelhaft pflegt. Den Arbeitern der Gewerkschaft können wir nur zurufen: Organisiert euch, damit ihr in Zukunft über die Sicherheit des Betriebes mit zu bestimmen habt!

Provinz Sachsen, Brandenburg u. Thüringen.

Hamborfer Kohlenwerk. Eines Tages besuchte der Direktor den Schacht, um sich nach der Leistung der Bergarbeiter zu erkundigen. Er kam auch vor die Arbeit des Kameraden A. aus Hamborger und fragte, wieviel er vor dieser Arbeit Wagen liefert. A. antwortete: „Schätz bis sechzig, höchstens achtzig.“ Der Direktor meinte: „Es ist eine ganz schöne Leistung, aber sehen Sie doch mal, ob Sie hundert Wagen schaffen können, dann bekommen Sie eine Kiste Zigaretten.“ A. sagte zu seinen Kameraden: „Nun aber schaut, der Direktor hat uns eine Kiste Zigaretten versprochen, wenn wir hundert Wagen liefern.“ Nun wurde draufgeschrien wie verrückt und wirklich — die hundert Wagen waren bis zum Schluß der Schicht voll. In der Tat, eine „schöne Leistung!“ Zwar waren dem reisenden Roland die Knochen wie abgehackt von der Überanstrengung; aber die Kiste Zigaretten, die würde dem erschöpften Lebensgeist mit ihrem Aroma schon wieder auf die Beine helfen. So dachte unser W., aber — hatten und hatten, macht manchen zum Narren. Wer keine Kiste Zigaretten kriegt, das war unser „Gewaltstäter“. Die Kameraden lachten nun über den gelungenen Spaß, den sich der Direktor mit dem Zigarettenliebhaber gemacht hat, und mancher einer sagt noch: Statt der Zigaretten hätte ihm der Direktor eine Tracht Prügel geben können, denn die hätte der dumme Teufel verdient. Man sollte es wirklich nicht für möglich halten, auf welche Art mancher noch mit seinem Körper Mißbrauch treibt, sich selbst und den übrigen Arbeitern zum Schaden. Bei solch vollkommenem Draufloswählen darf man sich nicht wundern, daß Unfälle vorkommen.

Oberbergamtsbezirk Breslau.

Segen Gottes-Grube (Altwasser). Als unerträglich Uebelstand haben hier auf der fünften und sechsten Sohle im achten Flöz die gefährlichen Wetter (genannt Kohlenäure) schon wiederholt zu Klagen Anlaß gegeben. Sie treten fortgesetzt so stark auf, daß die Arbeiter durch Erschwerung der Atmung an Arbeiten gehindert werden und die Gefahr des Ersticken nahe liegt. Die Schuld ist zum großen Teil der ungenügenden Ventilation zuzuschreiben. Die Luftkompressen, von welcher der Ventilator getrieben wird, hat zu viel Arbeit, weil sie außer dem Ventilator noch in drei Abteilungen bis zur zwölf Bohrmaschinen und für zwei Senkschächte Kraft liefern muß. Hier wäre es Sache des Revierbeamten, einmal nachzugehen. Auch dem Steiger Scholz waren am 18. Februar die schlechten Wetter so auf die Brust gefallen, daß er sich erbrechen mußte. Bei einem Arbeiter hätte er natürlich gesagt, er sei noch vom Sonntag her befohlen gewesen. Ob dies bei ihm auch der Fall war, wollen wir nicht behaupten. Auch die Zimmerung läßt auf genanntem Werke viel zu wünschen übrig. In den letzten Tagen ereignete sich ein Unfall dadurch, daß ein Schleppler infolge schlechter Zimmerung der Strecke eingezogen und demselben der Hinterrücken zerquetscht wurde. Die andere Schicht haben sechs Mann in der Strecke gegimmert, dies geschah vielleicht aus Furcht vor dem Revierbeamten. Die Verbesserung des Bergbaues ins Knappschichtlazarett geschah wieder, wie hier üblich, auf einem Breterwagen, zu welchem Zweck eigentlich der Kranwagen diente, ist uns unbekannt, es ist schon die Ausrüstung gefallen, daß man es der Desinfektion halber freisetzt, den Kranwagen zu benutzen, wahrscheinlich um dadurch das Befahren eines jeden Unfalles zu vermeiden.

Krugschacht I (Königsgrube). Ein Mutterbetrieb ist der Krugschacht gerade nicht, obwohl er dem Flöz gehört. Denn es dürfte auf dem ganzen Schachte kaum einen Arbeiter geben, der nicht über Niststände zu klagen hat. Zunächst fehlt es vielfach an Trinkwasser, bis eine Woche lang stehen mitunter die Wassergräbe leer in der Grube. Das ist bei Unfällen besonders mißlich. So am 13. Februar, als der Schleppler W. durch herabfallende Kohlen schwer verletzt wurde. Dem Mann blutenden, ohnmächtigen Verunglückten konnte nicht einmal ein Schluck Wasser eingeschluckt werden, weil weit und breit kein Tropfen zu finden war. Ein Mann wachte erst über 1000 Meter weit auf das neunte Gefens laufen und von dort welches holen. Und nachher konnten die Leute auch keine Tragebohrer finden. Im fünften Gefens befindet sich eine Treppe als Fahrweg. Um zu dieser Treppe zu gelangen, muß man wie ein Eichhörnchen von einem Gefänge auf das andere springen, damit man nur nicht von einem vollen Wagen überfahren wird. Auch die Fahrweg auf dem neunten Uebelrechen (Gefens) ist gefährlich. Beim Eingang ist ein Rohr der Freigleitung in solcher Höhe angebracht, daß die Arbeiter fast immer mit den Köpfen daran rennen, sofern sie nicht an dies Rohr denken. Den Beamten ist das Hindernis wohl nur deshalb noch nicht beseitigt worden, weil sie im Förderortbe herauf und herunter fahren. Zur ersten südöstlichen Schmelzenden führt keine Fahrtrasse für Pferde. Also muß das Pferd, das dort oben arbeitet, jedesmal den Bremsberg passieren. Die Kameraden der zweiten, dritten und vierten Abteilung haben jetzt eigene Arbeitskollegen bekommen. Das sind die neu-rev. Revierbeobachter, die als das „Zwei eines Arbeiters“ im Sinne der Unterebene weder müde noch hungrig werden. Es ist überaus schade, als ob man auf dem Krugschacht jetzt alles von Eisen her zu machen, sogar die eigene Disziplin des Ansehens soll hier zu werden. In der vierten Abteilung, des Steiger W. ist die jetzt eingeführt. Dort muß jeder Ortschaft militärische Stellung annehmen, wenn der Steiger mit ihm spricht, muß auch seine Antworten in militärische Form heißen. Es geht ja recht tollig aus, wenn die alten Knaben ihren krummen Buckel gerade richten wollen und ihre von der schweren Arbeit müde gewordenen Beine in die vorchristliche Stellung zu bringen suchen. Für einen empfindenden Menschen ist es aber nicht befriedigend, sondern eher traurig und beschämend, daß Arbeiter auf solch alberne Art sich dressieren lassen. Wer sich das gefallen läßt, verdient es nicht besser. Vielleicht führt die Verwaltung noch einen eisernen Orden ein für jene folgenden Gefänge. Es sind demnach jedem Punkte eines Unterbetriebes entsprechen. Mit Redaktionen hat man ja schon angefangen. In früheren Jahren gab es für 40-jährige Tätigkeit einen Stock in Form einer Keilspitze; jetzt geht es moderner zu und werden zum Andenken Medaillen verliehen. Auch nicht übel, wenn so ein alter Kumpel durch eine runde Medaillon am Kopf die Stelle andeuten, hinter der sein Schwanzende steht. Er zeigt damit wenigstens, daß er für jede „Möglichkeit“ von oben empfänglich ist. Die große Mehrzahl der Delegationsmitglieder will aber von „Medaillonen“ solcher Art nichts wissen, sondern verlangt, daß wenigstens die schlimmsten Uebelstände beseitigt werden.

Süddeutschland.

Grube Mittelberg (Bahren). Auf höchster Höhe herrschen traurige Zustände. Wenn auch der „Bergknapp“ in Nr. 6 schreibt, daß, seit der neue Herr Wessler da sei, es etwas besser geworden ist, so sind wir der Meinung, es könnte noch viel besser sein. Am Anfang des Monats kommt der Herr Wessler mit dem betreffenden Abteilungssteiger und schließt mit diesem zusammen und den Bauern das Gebirge ab. Sind ein paar Tage um, dann gehen die Schichten los. Dann wird ein Anschlag gemacht, es dürfen keine Schuttlächer mehr geschossen werden, alles muß geschäftig werden und wenn kein Schramm da ist, sagt Steiger M. zu den Kameraden: „Macht euch Schramm und wenn ihr keine fünf Wagen ladet.“ Wenn aber der Monat um ist und es ist nicht verdient, dann gehen die Kumpels nach Hause mit 4,50 Mk. pro Schicht. Auch könnte sich Steiger M. bessere Umgangsformen aneignen, denn solange er die Kameraden Dickköpfe und Maulaffen klaut, haben sie keinen Respekt vor ihm. Auch steht das Strafwesen in voller Blüte. So wird von den Kameradschaften verlangt, reine Kohlen zu liefern. Sind aber nur 2 Mio Steine in einem Wagen, so bekommen die Schleppler sofort eine halbe Schicht abgezogen. Sind mehr als 50 Mio im Wagen, bekommt der Bauer drei Tage Feiertag. Häufig kommt es vor, daß Kameraden pro Monat mit bis 6 Mk. bestraft werden und erhalten noch Feiertage dazu. Nun ist es ja bekannt, daß es unmöglich ist, hier reine Kohlen zu laden und wenn noch so viele Wägen verschickelt wurden, um die Schrammberge zurückzuführen, denn die Abgabeverhältnisse sind so schlecht, daß reine Kohlen nicht geladen werden können. 60 cm Kohlen, 20 cm Steine — 60 cm Kohlen, 20 cm Steine, welche immer nachfallen — bei solcher Anlagerung können sich die Kumpels die Finger wundlesen und bringen doch keine reinen Kohlen zu Tage. Es wäre sehr gut, wenn der Herr Wessler in der Waschküche sich mal umsehen würde, wo sich die jugendlichen Arbeiter waschen, denn dort liegt der Dreß 10 cm hoch. Wenn die Verwaltung nur halb so viel Mühe verwenden würde auf Sauberhaltung der Abteflure, wie die Arbeiter auf die Lieferung reiner Kohlen, dann müßte die Kasse blühend sein.

Herrmannschacht (Hamborger). Das Verhalten der Beamten gegen die Arbeiter ist wie das der Rabe zur Maus. Das ergibt sich aus allem, was die Beamten mit den Arbeitern reden, sogar aus dem „Glückauf“ vor der Arbeit, wenn die Herren überhaupt eins für die Leute übrig haben. Hat der Arbeiter eine Reklamation wegen zuviel Lohnabzug, dann wird er auf den nächsten Monat verteidigt, juristisch bekommen kann er aber nichts. Ist ein Arbeiter mal für eine Schicht krank gemeldet, und er gehört nicht zu den Freunden der Beamten, dann steht es Strafe, und nicht zu knapp. 5 bis 6 Mark sind schon aus solchem Unfug abgezogen worden, für eine Schicht. Ein Arbeiter war sechs Tage krank, und als er bei Wiederaufnahme der Arbeit auf der Grube seinen Gesundheitschein abgab, hieß es, der Schein wäre unglücklich. Sofern er nicht einen neuen Schein beschaffe, würde er als kontraktwidrig angesehen! Sonst geht man aber gar nicht so streng vor — Unfälle sind mitunter erst nach drei oder sechs Monaten, oder auch gar nicht angemeldet worden. Der Arbeiter G., der ohne sein Verschulden den Steiger W. überfuhr, wurde gleich nachher von diesem gepöbeln und dann noch entlassen. Außerhalb der Arbeit ist das Verhältnis zwischen Beamten und Arbeitern nicht besser. Es besteht hier ein Kriegszustand, und ein Müßiggänger, die meisten Vorstandsmitglieder sind Beamte. Wer als Arbeiter diesen Vereinen nicht angehört, hat bei den Beamten überhaupt keine Nummer. Beim Befahren der Arbeit agieren die Beamten feste für jene Vereinen, und wer dabei in ihr Horn bläst, der ist gut angesehen. Ein solcher Schuttpuber sagte kürzlich in Gegenwart von 6 bis 8 anderen Bergleuten in einer Versammlung während eines Streiks zwischen Arbeitern: „Was machen wir mit den Kerls, diesen müssen wir die Papiere geben.“ Und der Betriebsführer meinte dazu: „Die ganze Managerei fliegt raus.“ (Die Leute sind in einem Koffhaus.) Die Klimbimbereinsführer und die „schlaunen“ Vergleite machen den übrigen Bergarbeitern die aufrechten Sinnes dem Hummel fernbleiben, das Leben ziemlich sauer. Das könnte aber ganz anders sein — wenn die vernünftigen Leute sich gleichfalls alle organisierten, dann würde den Klimbimbereidern der Terror wohl bald vergehen. Versucht es mal, Kameraden, ihr merdet es nicht bereuen brauchen!

Aus dem Kreise der Kameraden.

Oberbergamtsbezirk Dortmund.
25 000 Mark Reichengelder unterschlagen.

Die Tagespresse meldet: „Augsburg, 28. Febr. Hier wurde der Koplan Kempf der katholischen Kirchenkasse seines Amtes entsetzt, weil er 25 000 Mk. Reichengelder unterschlagen und einen verändernden Lebenswandel geführt hat. Auf kirchliche Anordnung wurde er in das geistliche Korrektionshaus Dillingen übergeführt, da er sonst dem Staatsbankrott verfallen wäre.“ Wenn ein Mitglied einer Gewerkschaft sich verbrecherisch an Gewerkschaftsgeldern vergreift oder wenn auch nur Unregelmäßigkeiten in einer Gewerkschaftskasse vorgekommen sind, dann gerät die „Ordnungspreffe“ in hochmoralische Entrüstung über diese angebliche „Frucht der sozialdemokratischen Erziehung“. Wenn wir nun mit gleicher Ringe gähnen, indem wir die Unterschlagungen des Kaplans oder auch die schauerlichen Vorkommnisse im Kloster zu Gengenotau dem geistlichen Stande zur Last legen? Wer dies läte, beginge eine nichts-mündige Verleumdung der Geistesfreiheit, die gewiß nicht für rühmliche Sätze unter ihren Amtsbrüdern verantwortlich ist. Den „Fall Kempf“ aber haben Zeitungen und Personen, denen der Augsburger Kaplan politisch am nächsten steht, unersamer Verbände, als sei dieser für die Tat des Verbrechers verantwortlich, anhängen wollen. Die das taten und weiter tun, denen kann nur der dringliche Rat gegeben werden: „Recht doch den großen Saufen Dreh vor eurer Tür weg, da habt ihr reichliche Säuberungsarbeit zu leisten.“

50 000 Mark unterschlagen

hat der Bankbeamte Weber von einer Berliner Großbank. Weber war bei der Bank seit Jahren beschäftigt und genoss deshalb großes Vertrauen. Die Veruntreuungen begam er schon im Anfang des Jahres 1910. Erst jetzt wurden die fortgesetzten Unterschlagungen entdeckt und Weber verhaftet. Er gestand ein, 42 000 Mk. bezuntrent zu haben.

Dieser Fall beweist, daß vor einem Menschen, der die Absicht hat zu stehlen, auch die schärfste Kontrolle und die besten Verschlüsse nicht schützen. Die Berliner Großbank hat sich doch zweifellos gegen alle voranschreitlichen Veruntreuungen gesichert. Daß aber ein Beamter, der jahrelang im Dienste der Bank stand und das Vertrauen ihrer Direktion genoss, sich an den Geldern vergreifen würde, konnte man nicht annehmen. Das ermöglichte es dem Verbrecher, seine Unterschlagungen zwei Jahre hindurch zu betreiben.

Rein aus dem Häuschen

sollen nach einer Zuschrift, die der „Bergknapp“ in Nr. 8 abdruckt, die Verbändler in Bochum sein. Der betreffende Einfender erzählt, daß er lange und breiten, wie angeblich durch Verbändlkameraden einem „Christen“ das Mitgliedsbuch abgetrieben worden sei. Wir fürchten, der Mann hat einen Klaps und der „Bergknapp“ möchte lieber sorgen, daß sein armer Kumpel nicht noch ganz aus dem Häuschen kommt. Das christliche Mitglied, das sich zum Uebertritt bei uns gemeldet hatte, und sich nachher wieder anders besonnen hat, heißt Wieje. Als er gefragt wurde, wie eine solche Darstellung des Sachverhalts in den „Bergknappen“ kommen konnte, sagte er: „Da hat meine Frau wohl einem anderen etwas erzählt und der hat es dann in die Zeitung gebracht. Es ist ja Quatsch, was von mir im „Bergknapp“ steht.“ Dieser Ausspruch genügt uns, er ist auch ganz zutreffend. Wir möchten mal den „christlichen“ Vertrauensmann sehen, der einen gemeldeten Uebertritt zurückweist. Kraftanstrengungen zur Erlangung von „christlichen“ Uebertrittserklärungen haben die Bochumer Vertrauensleute des Verbandes gerade jetzt während der Lohnbewegung am allerwenigsten nötig. Und wenn das der „Bergknapp“ nicht glauben will, so braucht er doch nur einmal bei den christlichen Zahlstellen anfragen — die langen schon an, Trauerarbeiten zu pfeifen wegen der Mitgliederflucht. Insetwegen können sich die „Christen“ blind und taub stellen, solange sie Lust haben — unser Schaden ist es nicht. Aber darüber reden wir ein anderes Mal etwas ausführlicher.

Bestrafte Zechenterroristen.

Bei den am 6. Dezember im Ruhrgebiet stattgefundenen Berggewerbegerichtswahlen fühlten die Zechenverwaltungen und viele

Zechenbeamten sich ganz besonders „zu Hause“. Die Wahlen fanden in Anbetracht der Verordnung der Bergbehörde zum erstenmal auf den Zechen statt, und so glaubten manche Zechenverwaltungen resp. Beamten, neben ihrer wirtschaftlichen Macht auch ihr „Hausrecht“ ganz in ihrem Sinne ausüben zu können. Dafür ihr Weisheit, das nunmehr gerichtsnotorisch gemacht ist.

Das Delegationsmitglied H. von Zechen „Maffen“ verteilte bei der Wahl am Wahllokal Stimmzettel. Dies geschah dem Steiger Ligges und dem Betriebsführer Hedmann, der gleichzeitig Wahlvorsitzer war, nicht. Ligges verbot dem H. das Verteilen der Stimmzettel, indem er angab, die Delegationsmitglieder fühlten sich durch das Anbieten der Stimmzettel beleidigt. H. verwies Ligges auf das Gesetz und die Wahlordnung. Hierdurch fühlte dieser sich beleidigt und holte den Betriebsführer Hedmann.

Dieser verbot H. ebenfalls das Verteilen der Stimmzettel und drohte, von seinem Hausrecht Gebrauch zu machen. H. ließ sich aber auch hierdurch nicht provozieren. Dann sagte Herr Hedmann: „So, jetzt werde ich mich mal eine halbe Stunde neben Sie stellen — und dann werde ich mal sehen, wer von Ihnen noch einen Stimmzettel nimmt.“

Die Delegationsmitglieder, die etwas auf sich hielten, nahmen jetzt erst recht einen Stimmzettel von H. Dies brachte Herrn Hedmann so in Erregung, daß er H. gegenüber tätlich wurde! Als dieser den Wahlvorsitzer auf die gesetzlichen Bestimmungen und die Wahlordnung verwies, rief der Herr Wahlvorsitzer: „Halten Sie Ihren Schnabel!“ H. verlegte den Wahlvorsitzer. Die Verhandlung, die am 27. Februar vor dem Schöffengericht in Unna stattfand, endete mit der Verurteilung des Verlegten. Die Bedeutung der Verhandlung liegt natürlich in erster Linie darin, daß einmal das Gebahren dieser Herrenmenschen gerichtsnotorisch gemacht ist. Es wurde durch fünf Zeugen der oben geschilderte Sachverhalt vollständig erwiesen. Selbst der Steiger Ligges mußte, so ungern er es tat, als Belastungszeuge für seinen Herrn und Meister auftreten.

Allerdings bekam Herr Hedmann eine außerordentlich milde Strafe: je 8 Mk. wegen tätlicher und wörtlicher Verleumdung! Wie, wenn die Rollen umgekehrt gelegen hätten?

Die Verhandlung war auch noch insofern von Interesse, als der Vorsitzende alle Fragen des Vertreters des Klägers, die auf den Zerwirknis der Beamten unter der Leitung Hedmanns Bezug hatten, als „nicht zur Sache gehörig“ nicht zuließ! — Als der Anwalt bemerkte, es sei ihm gewiß nicht darum zu tun, die Sache in die Länge zu ziehen, sondern er wolle mit seinen Fragen nur Aufklärung schaffen, erwiderte der Vorsitzende: „Sie können Anträge stellen, nichtswegen bis heute abend 8 Uhr, ich lehne aber jede Frage ab, die nicht direkt mit der Verleumdung in Verbindung steht.“

Rechenkünste.

Da die bürgerlichen Zeitungen und vor allem auch der „Bergknapp“ versuchen, den Nachweis zu erbringen, daß die Löhne schon ganz bedeutend gesunken seien, wollen wir den Schleiher listig und nachweisen, auf welche Weise der höhere Schichtverdienst herausgerechnet wird.

Auf Zechen Graf Schwerin III machten seit Monaten eine Reihe Arbeiter geradzum fürchterlich viel Uebelheiten. An die Einhaltung der Bestimmungen der gesetzlichen achtstündigen Ruhepause dachte kein Mensch. Auch die Bergbehörde unternahm nichts. Durch puren Zufall erfuhr man dann, daß ein Arbeiter Bimmel 2 1/2 Schichten an einem Tage verschaffen hatte. Weiter, daß Bimmel, Tafelmeier, Kresler usw. monatlich zirka 40 Schichten verschafften, aber nur 28 bis 30 in der Schichten- und Lohnliste sowie im Lohnbuch verzeichnet waren. Der verdiente Lohn auf die zirka 40 Schichten wurde auf 28 bis 30 Schichten verrechnet. Legen wir nun einen Schichtlohn von 5 Mk. zugrunde, dann erhöht sich dieser Lohn durch obige Manipulation um 2 Mark pro Schicht. Der Arbeiter erscheint dann in der Lohnliste nicht mit einem Verdienst von 5 Mk., sondern mit 7 Mk. pro Schicht. Bei der Berechnung der Lohnstatistik, welche seitens der Zechen und des Knappschichtvereins herausgegeben wird, werden aber auch nicht die 28 bis 30 Schichten, sondern deren nur 28 zugrunde gelegt. Machen wir uns diese Rechenmethode zu eigen, dann haben diese Arbeiter pro Schicht nicht 5 Mk. und auch nicht 7 Mk., sondern pro Schicht 8 Mk. verdient. Auf wieviel Schichtanlagen man nun, obiges Rechen- und Unterrechnungsmittel nicht machen? Hieraus geht aber hervor, daß die Lohnstatistik, welche in der Zechenpresse veröffentlicht wird, nicht richtig gehalten ist, sondern nur die Bestimmung hat, der Desinfektion Sand in die Augen zu streuen.

Die Christen und die Zechen.

Bei der Berggewerbegerichtswahl im Dezember 1911 gingen die „Christen“ und die Zechen im Bezirk Hamm innig bereit zusammen. Das wurde damals vom „Bergknapp“ festgestellt, und er kündigte an, unsere Behauptung zu widerlegen. Wir waren auf diese „Widerlegung“ sehr gespannt und branten förmlich nach ihr — gekommen ist sie aber bisher noch nicht! Jedenfalls hat sich die Redaktion des „Bergknapp“ inzwischen überzeugt, daß sich an unseren Beweisen nicht brechen und beuteln läßt. Sie sehen ziffernmäßig so aus:

Zechen	Verband	Christl. Gewerkschaft	Zechen	Stimmen
Nadobd . . .	454	—	—	—
De Wendel . . .	288	—	2	—
Marginalien . . .	105	—	130	—
Westfalen . . .	91	—	100	—
Bergmann . . .	142	295	—	58
Werne a. d. L. . .	361	406	—	—
	1441	701	250	58

Man sieht ganz genau: Wo die „Christen“ zur selbständigen Wahlbeteiligung zu schwach waren, gaben sie ihre Stimmen dem Zechenlandkandidaten. Wo sie aber eine eigene Kandidatur riskieren konnten, wie auf Hermann und Werne a. d. L., da erhielten sie sämtliche Stimmen der Zechenrechte als Gegenleistung. Diese Verbrüderung bewirkte es, daß der Verband nur drei Mandate erhielt; ebenfalls drei fielen an den Zentrumsvereiner und zwei an die Zechen. Wir brauchen also nicht mehr darauf zu hoffen, daß uns der „Bergknapp“ mit einer „Widerlegung“ belustigen wird. Und jetzt noch weniger als zuvor! Denn die fünf Schwarzgelben, die neben unseren drei Kameraden der Spruchkammer Hamm angehören, haben einen neuen Beweis der Verbrüderung von „Christen“ und Zechen geliefert. Die Arbeiterbesitzer jeder Spruchkammer wählen unter sich einen Ausschuss und einen Obmann. Diese Wahl wurde in Hamm am 29. Februar vorgenommen. Dabei konnte man ein Bild rührender Bruderliebe sehen: die Schwarzgelben und die Gelben wählten sich gegenseitig sächlich in den Ausschuss hinein, da sie ja ihrer fünf gegen drei waren. Alle drei Schwarzgelben und auch die zwei Gelben sind also im „Ausschuss“ der Spruchkammer und sie hätten einen Verbandskammeraden überhaupt nicht dazu genommen, wenn es anders gegangen wäre. Da aber der Ausschuss sechs Mann umfassen muß, kam wohl oder übel einer unserer Kameraden mit hinein. Daß zum Obmann auch ein Schwarzgelber erkoren wurde, konnte dann nicht mehr überraschen.

Eine bessere Betätigung „gesunder gelber Gedanken“ konnten die „Christen“ nicht liefern! Wir brauchen gewiß nicht mehr lange auf den Tag zu warten, an dem der ganze Generalkonferenz der Zentrumschristen mit hingendem Spiel ins gelbe Lager einrückt. Rein anständiger Arbeiter braucht ihnen dann eine Träne nachzusehen — die Arbeiterbewegung verliert an ihnen nichts.

Hannover, Braunschweig, Hessen-Lippe.

Bezirkskonferenz der Bergarbeiter.

Am Sonntag, den 18. Februar, fand im Gewerkschaftshaus zu Hildesheim die diesjährige Bezirkskonferenz der organisierten Bergarbeiter des Bezirkes Hildesheim statt mit folgender Tagesordnung: 1. Geschäftsbericht für das Jahr 1911. 2. Bericht der Revisoren über den Stand der Bezirkskasse. 3. Einführung eines Berggewerbegerichts in Hannover. 4. Sonstige Anträge. Kamerad W. endt erläuterte zunächst den Bericht für das Jahr 1911. Er führte aus, daß der Bezirk Hildesheim trotz aller Schiltnierungen auch im letzten Jahre gute Erfolge aufzuweisen habe, waren doch die Einnahmen an Beiträgen von 13 439,30 Mk. im Jahre 1910 auf 20 368,80 Mk. im Jahre 1911 gestiegen. Es ergibt sich daraus ein Mehr von 6909,50 Mk. Es wurden im letzten Jahre sechs Zahlstellen neu gegründet. Dieser Erfolg dürfte nicht dazu führen, die Mitglieder in der Tätigkeit für die Organisation erlahmen zu lassen; ein großes Feld sei noch zu bearbeiten, damit dem rigorosen Erben einiger Berggewaltigen mit Erfolg entgegengetreten werden könne. Die Herren der Metallindustrie hätten in der letzten Zeit ihr ganzes Können durch Ueberretungen des Kartellgesetzes gezeigt. Die Gewerkschaft Jesent-

Rüthchen wurde erst kürzlich durch den Schiedspruch der Verteilungsstelle des Endkredits gezwungen, den den Arbeitern zu wenig gezahlten Lohn nachzugeben. Ihr reichte sich die Gewerkschaft Hermann II an. Drei seien im Monat Januar ca. 30 Mann wegen Quotenverkauf entlassen worden. Wendi ging dann auf die Stellungnahme einiger Betriebsleiter zu den Sicherheitsmännern ein. Auch hier war wieder Hermann II der Betrieb, wo man den Sicherheitsmann gern besetzen möchte. Leider gebe es noch Gruben in Mecklenburg und in Braunschweig, wo das Vergessen der Arbeiterschüsse noch Sicherheitsmänner vorfiele, es sei aber an die genannten Regierungen bezw. Landtage nachfolgende Petition gesandt:

Rüthchen, den 21. Januar 1911.
Die ergebenst unterzeichneten Belegschaftsmitglieder der Kalbwerke Friedrich Franz und Jessenitz in Rüthchen beschließen in einer am 11. Dezember 1910 stattgefundenen gemeinschaftlichen Versammlung, einer hohen Großherzoglichen Regierung folgende Petition zu unterbreiten: Die hohe Großherzogliche Regierung wolle baldmöglichst dem Landtage einen Gesetzentwurf zur Beschäftigung unterbreiten, durch den folgende Bestimmungen in oben angelegte Verordnung vom 22. Juni 1900 aufgenommen werden:

1. Auf allen im Großherzogtum Mecklenburg-Schwerin belegenen unterirdischen oder durch Tagebau betriebenen Grubenanlagen und deren Nebenbetriebe, wenn darauf mindestens 50 Arbeiter beschäftigt werden, muß ein ständiger Arbeiterschuss vorhanden sein. Dieser gilt als gesetzlicher Vertreter der auf der Grube und deren Nebenanlagen, für welche er gewählt ist, beschäftigten Arbeiter. Er hat Wünsche und Beschwerden der Belegschaft sowie einzelner Belegschaftsmitglieder zur Kenntnis des Bergwerksbesitzers oder dessen Stellvertreters zu bringen und bei ausbrechenden Differenzen zwischen Werksverwaltung und Belegschaft vermittelnd zu wirken.
Die Wahl der Arbeiterschussmitglieder geschieht mittels gesetzmäßiger und direkter Wahl seitens der zur Zeit der Wahl auf den betreffenden Gruben oder Nebenanlagen beschäftigten großjährigen Arbeiter.

2. Für die im Großherzogtum Mecklenburg-Schwerin belegenen Grubenanlagen, Tagebauen und deren Nebenbetriebe werden Grubenkontrolloren angestellt, welche von den diesen Werken beschäftigten Arbeitern mittels geheimer und direkter Wahl gewählt und vom Staate bezahlt werden. Diesen liegt es ob, die in ihrem Auftragsbezirk belegenen Gruben und deren Nebenanlagen hinsichtlich der Gesundheit und der Sicherheit der in diesen Betriebsanlagen beschäftigten Arbeiter zu kontrollieren. Wählbar als Arbeiterschussmitglied und Grubenkontrollor soll sein, wer mindestens 25 Jahre alt, seit Eröffnung des Betriebes oder mindestens ein Jahr auf dem betreffenden Bergwerk und zwei Jahre auf gleichartigen Bergwerken deselben Bezirks gearbeitet hat, die deutsche Reichsangehörigkeit besitzt und der deutschen Sprache in Wort und Schrift mächtig ist. Die Wahlperiode dauert zwei Jahre.

Die Petition war von 200 Bergarbeitern der betreffenden Gruben unterzeichnet. Trotzdem die Petition schon vor einem Jahre der Regierung zugestellt wurde, ist bis heute noch keine Antwort eingegangen. Nachdem Kamerad Wendt noch über die Notwendigkeit eines Bergewerkegerichts gesprochen hatte, beauftragte die Konferenz die Verwirklichung, die nötigen Schritte zur Errichtung eines solchen Gerichts zu unternehmen.

Eine Chronikreparatur.

Der frühere Betriebsführer von Günthershall, Herr Weber, alterte am 9. Februar den Bezirksleiter Walte unseres Verbandes vor das Nordhäuser Schöffengericht. W. soll den Beamten beleidigt haben in einem Flugblatt, das vorigen Sommer zur Abwehr des unerbittlichen Terrors der Werksleitung gegen die Arbeiter erschien. In diesem Flugblatt waren u. a. die mangelhaften Sicherheitsverhältnisse des Betriebes kritisiert und zwei Unfälle auf sie zurückgeführt worden. Und da dem Betriebsführer Weber eine Täuschung der Bergbehörde bei der Unfalluntersuchung vorgehalten wurde, fühlte er sich beleidigt. In der Gerichtsverhandlung, zu der zahlreiche Zeugen und ein Sachverständiger geladen waren, wurden die Angaben des Flugblattes bezüglich der mangelhaften Sicherheitsvorrichtungen vollumfänglich bestätigt. So wurde erwiesen, daß beim Hängen des etwa 5 bis 6 Zentner schweren Fangbades ein Kabel ohne Bremse benutzt worden war. Der Fangbad kaufte in die Tiefe und erschlug zwei Arbeiter. Trotz dieser furchtbaren Folgen des Unfalls sagte der Verwalter Lütke als Gutachter aus, bei dem Gewicht von 5 bis 6 Zentner war eine Bremse am Kabel nicht unbedingt nötig — die das Kabel bedienenden Arbeiter könnten eine solche Last auch ohne Bremse beherrschen.
In dieses Gutachten nicht die schwerste Beleidigung für die Arbeiter, die den Fangbad am Unfalltage nicht zu halten vermochten und in die Tiefe stürzen ließen? Sie hätten wahrhaftig größere Ursache, gegen einen solchen Sachverständigen vorzugehen, als Herr Weber zu seiner Klage. Die Frage war doch vernünftigerweise die: Konnte das Unglück vermieden werden durch Benutzung einer Bremse? Und die muß bejaht werden!

Mit dem zweiten Fall war es nicht viel anders. Ein Stück Steinsalz, das schon längere Zeit am Stof stand und ziemlich unterhöhlte war, hatte dann in einem Arbeiter erschlagen. Darüber ergab die Verhandlung folgendes: Zwanzig Minuten vor dem Unfall hatte der Betriebsführer Weber die Unfallstelle passiert und durch Vorklappen feststellen lassen, daß das Stück Steinsalz nicht los sei. (Also war es dem Herrn doch verdächtig erschienen!) Ein Zeuge hatte gehört, wie der Betriebsführer die an jener Stelle arbeitenden Leute zur Vorsicht mahnte, und ein anderer Zeuge wußte folgenden Ausdruck des Betriebsführers zu berichten: „Sie brauchen aber nicht zu sagen, daß ich angeordnet habe, das Stück Steinsalz soll stehen bleiben.“ Zwanzig Minuten später stürzte dasselbe Stück dann herab und erschlug einen Arbeiter. Der Verklagte führte an, daß gerade auf Günthershall die Unfallziffer sehr hoch sei und er als Vertrauensmann der organisierten Arbeiter die Pflicht habe, der Unfallgefahr durch öffentliche Kritik vorzubeugen. Die Ansicht der Verleumdung habe ihm dabei ferngelegen. Der Vertreter des Klägers Weber verlangte eine Gefängnisstrafe von drei Monaten als Sühne für die Verleumdungen und das Gericht bekam es wirklich fertig, auf eine Gefängnisstrafe von drei Wochen zu erkennen. Dieses Urteil wird allgemeines Kopfschütteln erregen.

Das macht die Uneinigkeit!

Auf Reche Sigmundshall bei Wunstorf war kürzlich die Wahl eines Knappschaftsältesten. Gewählt wurde ein auf der Fabrik beschäftigter Maurer, der dazu erst seit etwas über einem Jahre hier arbeitete. Das will nun den Kameraden unter Tage nicht in den Kopf, daß sie einen Maurer zum Knappschaftsältesten bekommen haben. Einige Untertagsarbeiter beschwerten sich nach der Wahl sogar beim Obersteiger über das Resultat! Der konnte ihnen aber auch nicht helfen, gab ihnen aber zur Antwort: „Wenn ihr diese Wahl umschmeißt und es kommt zu einer neuen, dann werden die Beamten alle mit den Fabrikarbeitern stimmen.“ Das war die rechte Antwort auf das geradezu unverständliche Verhalten der Bergarbeiter bei der Wahlenwahl. Statt sich auf eine Kandidatur zu einigen und dadurch einen Vergmann zum Knappschaftsältesten zu machen, zog einer hin und der andere zog her und eine Einigung kam überhaupt nicht zustande. Am Wahltage zeigte sich dann die Beschwerung, die Stimmen der Bergarbeiter waren in fünf Teile gespalten. Die Fabrikarbeiter hatten dagegen, als sie die Humpel der Bergarbeiter beim Zitat, fast einmütig dem Maurer ihre Stimme gegeben und ihn damit durchgebracht. Hoffentlich ist dieser Anschauungsunterricht nicht ohne Eindruck auf die Bergarbeiter geblieben. Daß sie hier nicht schon früher zur Einsicht gelangten, muß ohnehin schon verwundern. Sie sehen doch, wie sie auf der Reche für das geringste Versehen mit Strafarbeiten bedacht werden. Da wird aber nur die Faust in der Tasche gehalten, anstatt daß durch den Anschluß an den Bergarbeiterverband eine Besserung herbeigeführt würde. Kameraden, wohnt die Uneinigkeit führt, habt ihr bei der Wahlenwahl gesehen, bequemt euch endlich zur Einigkeit!

Saargebiet und Reichslande.

Die Herren Generaldirektäre der Lothringers Kompagnie „Christlicher“ Gewerksvereiner scheinen sich über das Lob, das ihren „Feldmarschällen“ von den Gelben anlässlich der Lohnbewegung in Rheinland-Westfalen geölt wird, zu wundern. Was ein Imbusch und ein Hüßkes kann, Freund der Gelben zu werden, das sind oder können wir schon lange, bloß daß wir dies bis jetzt verheimlichten! — Doch wo die „Christen“ an der Ruhr jetzt offen Farbe bekennen, warum soll Karus an der Orne und Fentisch noch zurückhalten? Laßt uns nur den Namen „Christliche“ Gewerksvereiner, gerne kommen wir zu euch! So klingt der Refrain einer Notiz, erschienen im Leib-

Auch du, Karus!

Blatt des Herrn Karus, der „Lothringers Volkstimme“ vom 21. Februar, Nr. 49. Folgendermaßen wird der gelbe Knappenverein angegriffen:

„Sahingen, 17. Febr. Unter reger Beteiligung wurde heute der Vergmann Johann Meyer, der nach kurzem Krankenlager einer heimtücklichen Krankheit erlag, zu Grabe getragen. Am Grabe selbst wurden u. a. von dem Knappenverein der Grube Wurba auch den Christlichen Gewerkschaften angehören können. Man kann in diesem Falle aber auch annehmen, daß der Vorstand des Knappenvereins nicht wußte, daß Meyer dem Gewerksverein Christlicher Bergarbeiter angehörte. Da wäre es nun wichtig, zu erfahren, ob Mitglieder des Knappenvereins, die zugleich auch Gewerkschaftler sind, wenn letztere dem Vorstande bekannt ist, aus dem Knappenverein ausgeschlossen würden. Eine Auskunft hierüber und ob der Vorstand, falls er gewußt hätte, daß Meyer auch Mitglied des Gewerksvereins sei, ihn aus dem Knappenverein ausgeschlossen hätte, wäre im Interesse des Friedens unter der Belegschaft sehr erwünscht.“

Also, Vorstand der Gelben, erbarme dich, laß die Gelben „Christlich“ und die „Christen“ gelb werden! Schafft euch dann eine Fahne an mit der Aufschrift: „Gleiche Würde, gleiche Krappen.“ Doch halt, ihr Herren Gelben, die Freunde der „Lothringers Volkstimme“ werden euch schnell an Liebesbitterei gegen den Kapitalismus überlassen, an Verhöhnung der Arbeiterschaft ist dies schon eingetroffen, wie uns folgende Notiz der schwarzen Tante beweist. Unter Großwoheubere, den 28. Februar, ist das folgendes zu lesen:

„Nach dem Karnevalstrubel.“ Eine Reihe von Unfällen ereigneten sich Mittwoch morgens. Ein junger Italiener namens Guldo Julita war in der Grube beschäftigt, ein Stück Erz loszuschlagen. Unerwartet schnell löste sich ein Stück los und traf den Unglücklichen am Beine, das teilweise zerquetscht wurde. — In der Nähe des Stahlwerkes wurde ein Eisenbahnarbeiter zwischen einen geladenen Wagen und die Rampe gedrückt und das Bein zerquetscht. — Einen ähnlichen Unfall erlitt ein Arbeiter aus Sagenbingen bei dem Brechen eines mit Schlacken gefüllten Wagens, da der Wagen auslief und er nicht rechtzeitig ausweichen konnte.“

Nach dem Karnevalstrubel! Dieser Ausdruck sagt uns so richtig, wie tief die schwarze Tante unter der Mera „Christlicher“ Gewerksvereinführer schon gesunken ist. Kein Wort des Mitleids, des Bedauerns! Einem jungen Mann wird das Bein zerquetscht, zwei anderen werden die Beine zertrampelt. Gründe braucht die „Lothringers Volkstimme“ nicht zu suchen. Der Karnevalstrubel — er hat die Schuld. Oh, ihr Wirtsführergesellschaft! Wann wird die Arbeiterschaft endlich aufwachen und verstehen lernen, wie sie von euch an der Nase geführt wird und zum Dant dafür, daß ihr die „Volkstimme“ leset, „Christliche“ Gewerksvereiner werdet, bei Notfällen noch verhöhnt werdet. Karnevalstrubel! Wir werden uns diesen Ausdruck merken und euch die Waage, die ihr sonst aufseht, vom Gesicht reißen, wenn ihr wieder angeht, für Arbeiterinteressen einzutreten.

Süddeutschland.

Gaushaltungsbudget eines Bergarbeiters.
Die „Münchener Post“ veröffentlicht das Gaushaltungsbudget eines Gaushamer Bergarbeiters, der selbst kinderlos ist, um zu zeigen, wie es in Bergarbeiterfamilien von vier bis fünf Köpfen, wo der Mann nicht einmal so viel verdient wie der Eisenberg, eigentlich aussehen muß. Die Ausgaben im letzten Jahre betragen:

Wirdent hat der Mann 1800,00 Mk. Es bleibt also ein Rest von 77,78 Mk., den er als Taschengeld verbrauchen konnte. Wenn nun auch die Lebenshaltung dieses Bergarbeiters immer noch annehmbar ist, so ist dies aber nicht bei allen Arbeitern der Oberbayerischen Altknappschaft der Fall. Der Mann ist, wie gesagt, kinderlos und hat diese Summe nur für absolut notwendige Bedarfsartikel verausgaben müssen. Man könnte vielleicht sagen, er hätte eben nicht so viel Bier trinken sollen. Aber, so bemerkt er, wer es ertragen hat, wie heutzutage der Vergmann schuftet, muß, um einen nur einigermaßen auskömmlichen Lohn zu erzielen, der versteht es auch, wie gut es tut, wenn man nach getaner Arbeit in Ruhe eine Maß Bier trinken kann. Daß aber das Biertrinken für die meisten Bergarbeiter und hauptsächlich für jene, die für eine Familie von vier bis fünf Köpfen zu sorgen haben, nahezu als Luxus erscheint, wird wohl jeder zugeben, der ein bißchen Weltkenntnis dafür hat. Zentrumsabgeordneter Steininger sagte jüngst in einer Versammlung in Gausham, man könne doch nicht immer Zigarren rauchen und Bier trinken, er trinke lieber Milch. Ja, wenn die Arbeiter nur so viel Milch bekommen könnten, ohne daß sie zu sehr verteuert würde. Kühe zum Melken hat aber der Vergmann nicht mehr der Herr Oekonomierat Steininger. Ferner muß eine Familie von vier bis fünf Köpfen bedeutend mehr für Wohnung und Kleidung ausgeben. Viele sind aber auch unter den Bergarbeitern, die im Jahre nicht 1800 Mk. verdienen. Daß hier bei den Kindern die Unterernährung plattgreift, ist hier bei der erheblichen Teuerung und der durch die Teuerung hervorgerufenen ungenügenden Kostzusammensetzung leicht erklärlich. Um diesem Uebel abzuhelfen, sei an alle oberbayerischen Bergarbeiter die dringende Mahnung gerichtet, sich Mann für Mann der Organisation anzuschließen, um auch für die Bergarbeiter im oberbayerischen Bergwerksgebiet einmal bessere Zustände herbeizuführen.

Lohnbewegungen und Streiks.
Disziplinbruch.
Ein unerhörter und bebauerlicher Disziplinbruch ist am 4. März auf den Zechen Kaiserstuhl und Scharnherrn im Dortmundener Revier vorgekommen. Entgegen den Beschläffen und Aufforderungen der Organisationsleiter haben dort circa 80 Prozent der Belegschaft die Arbeit niedergelegt. Die Belegschaften begründeten diese disziplinwidrigen Handlungen damit, daß ihnen Lohnsätze gemacht worden wären, wo Lohnrückstellungen notwendig sind. Sei dem, wie ihm wolle, wenn wir auch die Erbitterung der Arbeiter über das provokatorische Verfahren der Zechen verstehen, so ist es dennoch unter keinen Umständen zu billigen und kann den Erfolg der Lohnbewegung geradezu auf Spiel setzen, daß die Arbeiter auf eigene Faust die Arbeit niedergelegt haben. Wir fordern die Arbeiter aller Zechen auf, dieses böse Beispiel nicht nachzuahmen, sondern ruhig an ihre Arbeit zu gehen, bis die Organisationsleitungen in Gemeinschaft mit den Vertrauensleute der Reviere entschieden haben. Nur Einigkeit und eiserne Disziplin kann zum Ziele führen. Disziplinwidrigkeit und Uneinigkeit ist die schlimmste Gefahr für unsere Organisation und für unsere gerechte Sache. Darum, Kameraden, folgt den Anordnungen der Organisationsleiter und sorgt dafür, daß wir in vollster Einigkeit und Geschlossenheit handeln können.

Für den Vorstand des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands:
Dr. Fufemann.

Für die Polnische Berufsvereinigung (Abteilung Bergarbeiter):
F. Wankowski.

Für den Gewerksverein der Bergarbeiter (Hirsch-Dunker):
F. Schmidt.

Massenkundgebungen der Bergarbeiter zur Lohnfrage.

In rund 65 Versammlungen, die von über 60000 Personen besucht waren, nahmen die Bergarbeiter am 2. März Stellung zur Lohnfrage. Alle Versammlungen wiesen einen riesigen Besuch auf; vielfach waren die Säle zu klein, um die Besucherzahl zu fassen, so daß Hunderte wieder umkehren mußten.

Der 3. März hat gezeigt, daß die Bergarbeiter bei Betreffs und Willens milde und gewillt sind, ihren berechtigten Forderungen voll und ganz nachzugeben. Diese Stimmung kam in allen Versammlungen einmütig zum Ausdruck. In allen Versammlungen sprachen die Kameraden sich dahin aus, daß es nicht so weiter gehen dürfe. Die Besenherren hätten die Entscheidung über Krieg und Frieden in Händen. Entschieden sie sich für den Krieg, dürfe es für die Bergarbeiter kein Zurück mehr geben.

Einmütig wurde auch in allen Versammlungen die Haltung der Zentrumsvereinsleitung auf schärfste verurteilt. Überall wurde von Bergarbeitern zum Ausdruck gebracht, diese Haltung sei ein Schandstück für die deutschen Bergarbeiter; jede Solidarität würde dadurch untergraben, was besonders den deutschen Bergarbeitern einmal zum Verhängnis werden müßte. Würden die ausländischen Bergarbeiter im Falle eines Streiks im deutschen Bergbau die gleiche Haltung einnehmen, wie jetzt die Zentrumsvereinsleitung den englischen Bergarbeitern gegenüber, könnte es für die deutschen Bergarbeiter nur die schlimmsten Wirkungen haben. Der Anfang vom Ende wäre es auch, wenn die übrigen Verbände die gleiche Haltung einnehmen wollten, wie die Zentrumsvereinsleitung.

Die schon in voriger Nummer mitgeteilte Resolution wurde überall einstimmig angenommen. Dafür stimmten die Mitglieder des Gewerksvereins, die in allen Versammlungen zahlreich vertreten waren. Nach allen bisherigen Erfahrungen darf man als sicher annehmen, daß die Mehrheit der Gewerksvereinskameraden einer Streikbrecherparade ihrer Leitung nicht folgen werden. Wenn die Besenherren sich darauf stützen, stützen sie sich auf einen faulen Ast.

Die Bergarbeiter rühren sich überall!

Auch in Oberschlesien sind die Bergarbeiter mit Lohnforderungen an die Bergwerksbesitzer herangegetreten. Während im Ruhrrevier die „Christlichen“ von den übrigen Bergarbeiterorganisationen sich getrennt halten und die Lohnbewegung in der Erwartung, daß die Werksbesitzer von selbst Lohnrückstellungen eintreten lassen, nicht mitmachen, gehen in Oberschlesien auch die „Christlichen“ mit den übrigen Verbänden. In einer Eingabe an den ober-schlesischen Berg- und Hüttenmännischen Verein, als die Vertretung der ober-schlesischen Bergwerksbesitzer, haben die Arbeiterverbände eine Erhöhung des Arbeitslohnes um 15 Prozent gefordert. Die Eingabe ist von den Vertretern folgender Organisationen unterzeichnet worden: Verband der Bergarbeiter Deutschlands (Eitz Vöckum), Polnische Berufsvereinigung, Verband der katholischen Arbeitervereine (Eitz Berlin), Gewerksverein christlicher Bergarbeiter Deutschlands (Eitz Essen), Gewerksverein der Bergarbeiter S.-D. (Eitz Oberhausen). In Oberschlesien ist es das erste Mal, daß alle Bergarbeiterverbände gemeinsam in eine Lohnbewegung treten. Warum dort die „Christen“ sich an dem Vorgehen der Verbände beteiligen im Gegensatz zu Rheinland-Westfalen, hat seinen bestimmten Grund, den wir aber erst später besprechen werden.

Das feudale Selbstbewußtsein der ober-schlesischen Kohlenkönige ist jedoch noch stärker entwickelt, als das der rheinisch-westfälischen Zechenbesitzer. Sie lehnten die Forderung der Verbände kurz und schroff ab. Am 28. Februar haben darauf die Organisationen den Beschluß gefaßt, dieselbe Forderung den einzelnen Werken einzuzureichen. Es ist sehr zu begrüßen, daß dadurch ein besseres Resultat erzielt wird, da der Berg- und Hüttenmännische Verein in vollem Einverständnis mit den einzelnen Werksverwaltungen gehandelt haben soll. Ob aber die ober-schlesischen Bergwerksbesitzer mit ihrer glatten Ablehnung der wohlberechtigten Arbeiterforderungen ruhig getan haben, ist sehr zu bezweifeln. Denn schon in der gemeinsamen Konferenz am 28. Februar herrschte Streikstimmung, die sich ebenfalls durch die Androhung aus dem Westen und aus England noch verstärken wird. Es ist also gar nicht ausgeschlossen, daß die ober-schlesischen Grubenklaven trotz ihrer organisatorischen Zerissenheit ihren Ausbeutern einen ernsten Kampf aufführen. Kommt es so weit, dann haben diese sich selbst zuzuschreiben.

Der Generalstreik in Großbritannien.

London, 28. Februar 1912.

Viel ist heute über den Stand der Bewegung nicht zu melden. An Erfindungen der bürgerlichen Presse fehlt es allerdings nicht, aber die Tatsache, daß die Verhandlungen zum Stillstand gekommen sind, drückt sich jetzt auch in der Seltenheit weltlicher Nachrichten aus. Lieber die Verhandlungen des Internationalen Komitees und die Besprechung des engeren Vorstandes der Föderation mit den Ministern ist in der kapitalistischen Presse viel dummes Zeug geredet worden. Welcher Unfuss da verzapft wird, sei an folgender Meldung des Weltblattes „Times“ dargestellt. Diese Zeitung läßt sich aus Deutschland telegraphieren, daß es drüben wohl kaum zum Kampf kommen werde; denn der Bergarbeiterverband brauche seine Gelder für eine neue Reichsanleihe, mit der man in nächster Zukunft rechnen müsse! Wenn das am grünen Holz geschieht, kann man sich vorstellen, was die Köstlichkeiten schreiben.

Das Eingreifen der Regierung hat, wie schon gemeldet, zu keinem Resultat geführt. Die Regierung wird morgen mit der Generalkonferenz der Föderation über mit einem von der Konferenz eingesetzten Komitee verhandeln. Gelingt es den Regierungsmännern, die Werksbesitzer zu bewegen, den individuellen Minimallohn im Prinzip anzuerkennen, so werden die Arbeiter vielleicht in eine Hinusschiebung des Streiks einwilligen. Aber auch nur vielleicht! Aus Lancashire, Durham und anderen Revieren wird gemeldet, daß die Arbeiter ihre Delegierten zur Konferenz beauftragt haben, gegen jeden Aufschub zu stimmen. Es ist auch wahrscheinlich, daß schon viele Tausende Bergarbeiter die Arbeit vor dem 28. Februar verlassen werden. In einigen Gruben Mittelenglands hat man beschlossen, schon heute Montag in den Streik zu treten.

In West-Schottland wird man erst Mittwoch kündigen, am Donnerstag die Arbeit zu verlassen. Beachtenswert ist, daß die polnischen und litauischen Arbeiter in Schottland einstimmig für den Generalstreik gestimmt haben. Wie mir von Verbandsbeamten auf meiner letzten Reise durch Schottland berichtet wurde, gehören diese Arbeiter zu den besten Truppen des schottischen Bergarbeiterverbandes.

Die Unvermeidlichkeit des Kampfes wird jetzt von jedermann, der über die inneren Vorgänge unterrichtet ist, zugegeben. Es ist möglich, daß die Regierung ein drahtloses Mittel zur Vermeidung des Kampfes — wie etwa den gesetzlichen Minimallohn — in Vorschlag bringen wird; wahrscheinlich ist dies jedoch nicht.

London, 29. Februar 1912.

Die Verhandlungen zwischen den Regierungsvertretern und den Vertretern der Werksbesitzer und Bergarbeiter sind ergebnislos verlaufen. Heute abend läuft die Kündigungsfrist ab und morgen wird in den Gruben Großbritanniens die Arbeit ruhen. Einige Tausend Bergarbeiter streifen schon seit Montag; andere traten Dienstag und Mittwoch in den Ausstand. Die Verhandlungen der Arbeitervertreter mit den Regierungsvertretern dauern seit Dienstag. Gleich zu Anfang war es klar, daß es zum Streik kommen werde. Die Föderation richtete sich denn auch darauf ein. Gestern sagte die Generalkonferenz der Föderation folgenden Beschluß: „Denjenigen Arbeitern, die zur Aufrechterhaltung der Sicherheit der Gruben — Beförderung der Bewässerung, Entfernung des Wassers aus den Gruben und Pflege und Frütterung der Grubenpferde — nötig sind, soll gestattet sein, nach Ablauf der Kündigungsfrist von Tag zu Tag weiter zu arbeiten, aber in keinem Falle darf von diesen Arbeitern verlangt werden, daß sie Kohle produzieren sollen.“ Der kritische Tag war gestern und der schottischen Bergarbeiter telegraphisch aufforderten, zu kündigen, um heute die Arbeit verlassen zu können. Das war das Zeichen, daß auch die letzte Hoffnung, den Kampf zu vermeiden, verschwunden war. Die Regierung veröffentlichte gestern gegen Mitternacht einen Bericht über die gepflogenen Verhandlungen. Der Bericht beginnt:

„Die Verhandlungen zwischen den Regierungsvertretern und den Vertretern der Werksbesitzer und Bergarbeiter sind ergebnislos verlaufen. Heute abend läuft die Kündigungsfrist ab und morgen wird in den Gruben Großbritanniens die Arbeit ruhen. Einige Tausend Bergarbeiter streifen schon seit Montag; andere traten Dienstag und Mittwoch in den Ausstand. Die Verhandlungen der Arbeitervertreter mit den Regierungsvertretern dauern seit Dienstag. Gleich zu Anfang war es klar, daß es zum Streik kommen werde. Die Föderation richtete sich denn auch darauf ein. Gestern sagte die Generalkonferenz der Föderation folgenden Beschluß: „Denjenigen Arbeitern, die zur Aufrechterhaltung der Sicherheit der Gruben — Beförderung der Bewässerung, Entfernung des Wassers aus den Gruben und Pflege und Frütterung der Grubenpferde — nötig sind, soll gestattet sein, nach Ablauf der Kündigungsfrist von Tag zu Tag weiter zu arbeiten, aber in keinem Falle darf von diesen Arbeitern verlangt werden, daß sie Kohle produzieren sollen.“ Der kritische Tag war gestern und der schottischen Bergarbeiter telegraphisch aufforderten, zu kündigen, um heute die Arbeit verlassen zu können. Das war das Zeichen, daß auch die letzte Hoffnung, den Kampf zu vermeiden, verschwunden war. Die Regierung veröffentlichte gestern gegen Mitternacht einen Bericht über die gepflogenen Verhandlungen. Der Bericht beginnt:

